DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 26 ab Samstag, 14. November 2020 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck »Crowdfunding« bitte an KDW e.V./Lenz IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

• Die 26. Ausgabe der auflagenstärksten Wochenzeitung! Corona überdeckt den Kollaps des Finanzkapitalismus, der auch ohne die geschürte Corona-Panik stattgefunden hätte: • Aufarbeitung in Wirtschaft, Umwelt, Medien Seiten 9 bis 13. Die weiteren Highlights: • Wahrheit aus dem Staatsapparat, Preis der Republik geht an Sebastian Friebel Seite 2. • Gesundheit? Seite 3!

• Wir sind Millionen: Demokratiebewegung Seiten 4/5. • Neue Kleinstaaterei stoppt Aufklärungs-Tourbus mit Dr. Schiffmann Seite 6. • US-Wahl und Minsk: Seite 8. • Querfront-Spezial 14/15. • Grundgesetz S. 16.

• Hier stehen wir, wir können nicht anders! Der vergangene Samstag war ein historischer Tag. Für die Demokratiebewegung, für die Bundesrepublik und alle Menschen weltweit, die an Verfassungen, Grundrechten und Gewaltenteilung festhalten werden.

Über 80.000 Menschen demonstrierten in Leipzig. Der Herrschaftsapparat hat Muffensausen, weshalb er in den vergangenen Tagen vor keiner Propagandalüge zurückschreckte: »Wunderwaffe Impfstoff ist da!« Nach nur wenigen Monaten Forschung soll ein neuartiger Impfstoff entwickelt worden sein, der zu wahnwitzigen »90 Prozent wirksam« sei. Entwicklung und Prüfung benötigen in der Regel um die elf Jahre Aber wenn's nur Ihr, ja Ihr, Leben ist...

Die gut erforschte Grippeimpfung hatte in den letzten Jahren eine Wirksamkeit von durchschnittlich zehn Prozent.

Auch international schrecken die Herrschaften vor nichts zurück. Während in den USA die offizielle Wahlbehörde noch kein Sieger der Präsidentschaftswahl bekannt gegeben hat, noch immer Stimmen ausgezählt werden und Gerichtsprozesse anstehen, deren Ausgang ungewiss ist, gratuliert das deutsche Notstandsregime eifrig Joe Biden zum Sieg. So sollen Fakten geschaffen werden.

Wir Demokraten machen bei diesem Zinnober einfach nicht mit, beharren auf erreichten zivilisatorischen Standards in Wissenschaft, Republik und Gewaltenteilung. Wenn Sie das auch wollen, können Sie die Existenz dieser Zeitung mit einem Jahresabonnement auf demokratischerwiderstand.de oder per Spende für die Verlagsgründung auf gofundme.com/f/dw2021 unterstützen.



Collage Ute Feuerstacke/DW

IMPERIALE GRUNDGESETZLEUGNER

Im Angriff *auf die Menschen der Welt*

Angesichts der geplanten Änderungen des Infektionsschutzgesetzes formiert sich juristische Gegenwehr.

Von Sophia-Maria Antonulas

Die gute Nachricht zuerst: Die Regierung scheint zu erkennen, dass sie grundrechtswidrig handelt. Die schlechte Nachricht: CDU/CSU und SPD wollen deshalb das Infektionsschutzgesetz anpassen und haben einen entsprechenden Gesetzesentwurf dem Bundestag vorgelegt. Die Parlamentarier sollen damit die sehr umstrittenen Corona-Maßnahmen und Grundrechtseinschränkungen legitimieren und das schon am 18. November dieses Jahres. Doch es regt sich massiver juristischer Widerstand. So schreiben die Anwälte für Aufklärung in ihrem offenen Brief vom 5. November:

»Wir fordern alle Abgeordneten des Bundestages dringend dazu auf, sich entschieden gegen die weiteren Verschärfungen des Infektionsschutzgesetzes (Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze vom 29.10. und 3.11.2020) zu stellen. Denn dieses Gesetz sieht weitere massive und grob verfassungswidrige Beschränkungen der Grundrechte aller Bürger in Deutschland vor, insbesondere der geplante § 28a Infektionsschutzgesetz.«

Im angesprochenen Paragraphen 28a werden unter dem Titel »Besondere Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2« sogenannte Regelbeispiele aufgezählt, die die bisherigen Corona-Verordnungen beschreiben: Abstand, Maskenpflicht, Ausgangssperren, Versammlungs-, Veranstaltungs-, Alkoholverbote. Sie können »für die Dauer der Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite« angewendet werden. Welche Maßnahmen »in Betracht kommen« soll durch die Anzahl der Neuinfektionen je 100.000 Einwohnern definiert werden (über 50 bzw. 35). Allerdings werden bereits die Voraussetzungen für die Schutzmaßnahmen infrage gestellt. »Angesichts der enormen wirtschaftlichen, sozialen und medizinischen Tragweite des Lockdowns im Frühjahr 2020 halten wir daher schon die Feststellung einer Epidemie von nationaler Bedeutung mangels wissenschaftlicher Begründung und Abwägung für verfassungswidrig«, heißt es im Schreiben der Anwälte für Aufklärung. »Die Festlegung eines Inzidenzwertes von 50/100.000 verstößt gegen das Willkürverbot.« Weiterlesen Seite 7

Revolution für die Verfassung: Demonstration in Leipzig am 7. November. Foto: Hannes Henkelmann

NICHTOHNEUNS.DE

ER EXISTIERT

LAUDATIO ***Preis der Republik geht an Sebastian Friebel***
von Batseba N'Diaye



»Einem Großteil der Gesellschaft ist in keiner Weise bewusst, in welchem Ausmaß seit geraumer Zeit — spätestens jedoch seit dem ›Ausbruch‹ der ›Coronakrise‹ — das Rechtssystem, Gewaltenteilung, Kontrolle der Macht und damit verbunden essenziell im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerte Freiheitsrechte der Menschen systematisch geschleift werden.«

Mit diesen Worten trat ein parlamentarischer Berater des Bundestages Ende September an die Öffentlichkeit, um vor den Konsequenzen der Regierungspolitik zu warnen. Zunächst noch anonym. Einige Tage später gab sich Sebastian Friebel zu erkennen. Wurde seine Existenz zunächst von vielen angezweifelt, kann man nun mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen: Es gibt ihn wirklich.

Den Posten eines parlamentarischen Beraters bekommt man nicht einfach. Er bedeutet jahrelange Arbeit inhaltlicher Natur und wohl unzählbare Stunden in politischen Treffen. Sebastian Friebel gebührt Anerkennung dafür, dass er seine investierte Zeit und Mühen, seinen Posten und seine Karriere in die Waagschale warf, um eine gesellschaftliche Debatte um den Kurs unserer Gesellschaft anzustoßen. Mittlerweile hat er seinen gutbezahlten Posten aufgegeben, um die Öffentlichkeit parteilich und institutionell unabhängig informieren zu können. Seine Texte sind Testamente der Redlichkeit, die einem Politiker der Zukunft zu Gesicht stehen. Man merkt ihnen an, dass sie in tiefgehenden und monatelangen Recherchen, abwägendem Nachdenken und fundierten Entscheidungen entstanden. Er ist damit ein Vorbild für unzählige Menschen, die noch zögern, den Schritt aus der Komfortzone in die Öffentlichkeit zu wagen. Dafür gebührt ihm Respekt, Dank und der Preis der Republik.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Sebastian Friebel für seinen Ethos als Politiker verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfundingfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 26. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

* Spenden mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW/Lenz, IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.



We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin



GLOSSE von Jill Sandjaja

Wenn ich noch einmal das Wörtchen »Frieden« höre, dann schlage ich ALARM!

Hier ist nichts mit Frieden. Das hat doch gar nichts mit Frieden zu tun. Die Regierung führt gerade einen psychologischen Krieg mit mir! Ihre Waffen heißen Infektionsschutzgesetz, Gesetze zur Terrorbekämpfung oder Gesetze, in denen drin steht, dass spätestens in zehn Jahren, wenn ich meinen Perso erneuern muss, meine Fingerabdrücke nicht mehr nur mir gehören. ALARM!

Uns steht die totale Überwachung bevor. Falls sie nicht schon jetzt wissen, was ich wo letzte Woche um drei Uhr gegessen habe. ALARM!

Ich werde gefangengenommen. Und jetzt soll ich einfach das Mantra »Frieden« runter beten, damit es mir besser geht? Damit ich mich nicht ganz so resigniert fühle? ALARM!

Frieden war gestern, doch wo verdammt nochmal ist die Revolution? Die Neuerung unseres verkommenen Staatsapparats? Das wird hier nicht das *»new normal«*. Ich lass mich nicht konditionieren, könnt ihr knicken! ALARM!

Dies ist unsere Chance. Zwar prasseln jeden Tag beklopptere Nachrichten und Untergangsszenarien auf mich ein, und zuweilen fühle ich mich betäubt in einer dicken Nebelwolke, aber ich marschiere jetzt durch diese Scheißwolke und schlage ALARM!

Ich lasse mir nicht mehr gefallen, was diese gesellschaftliche Moralkeule mir vorschreiben will. Da wo ich sein werde, wird Widerstand herrschen. Ich werde jedem erzählen, dass ich ein Mensch bin, der wie ein Mensch behandelt werden möchte und nicht wie ein unmündiges Dummerchen.

Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu

Diese ***»Banken«*** *schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten.*







ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND:

Meine Einschätzung der Lage

von Dr. med. univ. Stefan Rohrer, Facharzt für Innere Medizin, Diabetologie, Geriatrie, Zusatzbezeichnung Notfallmedizin und Ernährungsmedizin, Hagen

MEDIZINISCH: Ich bin Internist, Diabetologe, Ernährungs- und Notfallmediziner mit einer langjährigen Erfahrung in der Intensiv- und Beatmungsmedizin. Ebenso widme ich mich der ganzheitlichen Betrachtung von Erkrankungen. Vorab möchte ich anmerken, dass der Virus SARS COV 2 existiert, und für Risikogruppen kann dieser Virus mitunter lebensbedrohlich werden, ähnlich wie wir es von anderen Viruserkrankungen kennen. Dieser Bericht spiegelt meine persönliche Einschätzung der Situation als Privatperson wider.

Aktuell bin ich in einem Krankenhaus tätig und war von März bis Juli 2020 für die Intensivstation und die eigens initiierte Corona-Isolationsstation verantwortlich. Wir warteten auf den angekündigten Ansturm, auf die zahlreichen Opfer der Pandemie, hatten alle die Bilder aus Italien im Kopf und wappneten uns so gut wie möglich gegen den möglichen Zusammenbruch der Versorgung und des Gesundheitssystems. Wir verdoppelten unsere Intensivbettenkapazität inklusive der Beatmungsplätze. Doch es kam kein Ansturm. Jede Woche aufs Neue war die Devise: Aber nächste Woche geht's los. Aber es passierte wenig. Einzelne Patienten mit Zeichen eines Virusinfekts kamen, wurden auch positiv auf SARS-CoV-2 getestet mittels des PCR-Tests. Diese wurden dann isoliert und konnten nach symptomatischer Therapie auf der Normalstation in 95% der Fälle wieder nach Hause.

Meiner Erinnerung nach wurden vier schwerst multimorbide (= viele Vorerkrankungen) SARS-CoV-2 positiv getestete Patienten intensiv-medizinisch versorgt. Diese benötigten teilweise nicht-invasive als auch invasive Unterstützungsmaßnahmen. Also maschinell unterstützte Maskenbeatmung oder maschinelle Beatmung über einen durch den Mund eingeführten Tubus, um eine ausreichende Versorgung mit Sauerstoff und die Abatmung von Kohlendioxid zu gewährleisten. Diese Patienten wurden im Verlauf in ein Corona-Schwerpunktkrankenhaus der Umgebung verlegt. Im Regelbetrieb sagten wir unsere elektiven Aufnahmen für Routineuntersuchungen ab und warteten voll gewappnet weiterhin auf die angekündigte Masse der Schwerkranken. Wir schickten Abteilungsärzte nach Hause, damit Sie Ihre in den Monaten vor der »Pandemie« angesammelten Überstunden ausglichen. Wir waren über längere Phasen nur zu einem Drittel ausgelastet, die Intensivstation stand zwischenzeitlich fast leer. Vor einer Überlastung bzw. einem Zusammenbruch unseres Gesundheitssystems und der Intensivkapazitäten (siehe bei Interesse: DIVI-Homepage) waren und sind wir weit entfernt.

POLITISCH: Ich habe meinen Glauben in die politische Führung von Deutschland und den meisten Nationen in den letzten Monaten verloren. Ich unterstelle diesen, nicht im Interesse ihrer Bürger zu handeln, denen sie aufgrund abgelegter Eide verpflichtet sind. Ich unterstelle sogar, dass wider besseren Wissens, welches zur Verfügung steht, aktiv gegen das Wohl der Bürger gehandelt wird und diese mit den aktuellen Maßnahmen sowohl wirtschaftlich als auch gesundheitlich geschädigt werden.

Die per Ermächtigungsgesetz erlassenen Maßnahmen übersteigen die Verhältnismäßigkeit, ein kritischer Diskurs wird verhindert, Kritiker werden diffamiert, drangsaliert und öffentlich diskreditiert. Über 140 medizinische Fachgesellschaften weltweit, darunter das EbM (das Netzwerk für Evidenz-basierte Medizin) in Deutschland, haben auf die Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen hingewiesen. Die Politik ignoriert dies und verschärft die Maßnahmen ohne jegliche Grundlage stets weiter. Daher komme ich nicht umhin, der politischen Führung zu unterstellen, in bloßer Absicht zu handeln und gegen die Interessen Ihrer Bürger. Über die Beweggründe kann jeder für sich selbst spekulieren. Unsere Grundrechte werden ausgehebelt, unsere Mitmenschen und Kinder erleiden irreversible physische Traumatisierungen, Familien zerbrechen aufgrund von Meinungsverschiedenheiten und friedliche Demonstranten inklusive schwangere Frauen werden verprügelt.

Gleichzeitig werden Pharmafirmen mit Millionenbeträgen aus Steuergeldern subventioniert und deren Anwaltskanzleien haben bereits Verträge mit vielen Regierungen für einen »Bail Out« für Impfschäden, die bevorstehenden Massenimpfungen betreffend, abgeschlossen. Das heißt, dass Menschen, die unerwünschte Folgen einer Corona-Impfung erleiden, kein Geld vom Hersteller einklagen dürfen. Sie erhalten dann nach zähen und langjährigen Gerichtsverhandlung ggf. Geld von der Regierung des jeweiligen Landes, also bezahlt aus Steuern. Allein dies ist meiner Meinung nach an Perversion nicht zu überbieten, ein Freibrief für alle SARS-CoV-2-Impfhersteller.

Zusammenfassend gehe ich davon aus, dass uns eine globale Elite im Schulterschluss mit Medien, Konzernen, der Pharmalobby und der gegen die Interessen ihrer Bürger handelnden Regierungen ihr diktatorisches Regelwerk unter dem Mantel der Coronavirus-Pandemie aufzwingt. Wir müssen dies im Sinne unserer Kinder und unserer Mitmenschen mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln verhindern.

+++MELDUNG+++

PANDEMIE VERSCHÄRFT ARMUT UND HUNGER

Der »Index der menschlichen Entwicklung« (Human Development Index, HDI) 2020, der die Bildungs-, Gesundheits- und Lebensstandards der Länder weltweit darstellt, zeigt sich krisenbedingt zum ersten Mal seit 30 Jahren in allen Ländern rückläufig.

So drohen laut neuesten UN-Schätzungen im ersten Pandemiejahr mehr als 10.000 Kinder pro Monat zusätzlich zu verhungern. Lateinamerika und Afrika gelten als Krisenherde. Insbesondere in Subsahara-Afrika ist der Gesundheitssektor in einem schlechten Zustand. Auch die sozioökonomischen Langzeitschäden sind noch gar nicht vollständig kalkulierbar. Laut UNDP könnten bis zu 60 Millionen Menschen weltweit in extreme Armut stürzen. Die UN hatte daher Mitte Juli 2020 ein temporäres Grundeinkommen für fast drei Milliarden Menschen gefordert, um die wirtschaftlichen Folgen zu mildern.

Die Unterstützung soll besonders denjenigen helfen, die in der sogenannten informellen Wirtschaft arbeiten. 199 Milliarden Dollar würden monatlich benötigt, um Betroffenen in 132 Entwicklungsstaaten das Existenzminimum zu finanzieren. Für die Geberländer ist diese Unterstützung aber nicht von höchster Priorität. (dw)

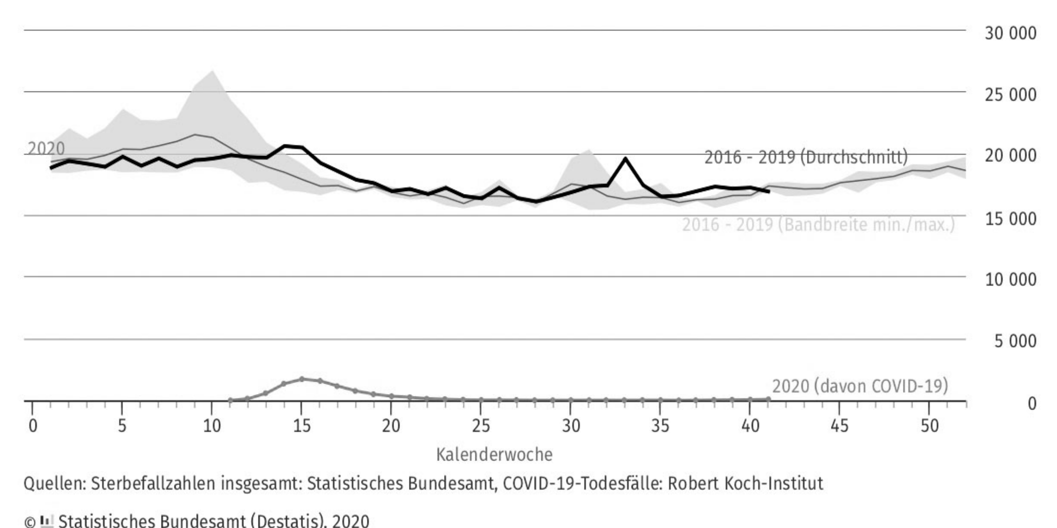


Foto: Commons

»Wäre uns der Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle«
Prof. Streeck, Virologe der Universitätsklinik Bonn

»Hätten wir nichts von diesem neuen Virus da draußen gewusst und hätten wir keine Menschen mit PCR getestet, wäre uns die Anzahl der Gesamt-Todesfälle durch grippale Infekte in diesem Jahr nicht ungewöhnlich erschienen.«
Prof. John Ioannidis, Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, Stanford Universität, USA

»Dieser Crash ist gewollt«
Dirk Müller, Finanzexperte



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die obenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

Netzwerk



Die Übersichtskarte (l.) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung nichtohneuns.de. *Siehe auch* querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) an* demokratischerwiderstand@protonmail.com.

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland.

Verwendungszweck »Crowdfunding« an Anselm Lenz / DW, IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.

DIE ALLERBESTE DEMO

ERLEBNISBERICHT FÜR DW *von »Captain Future« (Gründer freed*

In Gedenken an die Demo in Leipzig 1989 wollten wir mit dieser Corona-Demo den gleichen Weg gehen, doch irgendwie war es nicht das, was die Staatsmacht wollte. Auf dem Weg von Berlin nach Leipzig wurden wir dreimal von der Polizei aufgehalten. Doch wir sind nicht aufzuhalten, daher nahmen wir begeistert an dieser aberzigtausend Teilnehmer großen Demo teil.

Bei dieser Demo gab es zum ersten Mal eine Art »schwarzen Block«, den ich an dem Tag für Antifa hielt, denn sie trugen Masken und sahen so aus, wir wir es schon von anderen Demos gewohnt sind. Aber sie gingen nicht auf uns los, die Polizei trennte sie auch nicht von uns. Inzwischen vermute ich eher, dass es rechte Hools waren, die auch aufgerufen hatten.

Die Pyrotechnik, die losgelassen wurde, stammte sicher von denen, die kennen sie ja aus den Stadien. Sie waren wohl an vorderster Front, als die erste Polizeikette vor dem Hauptbahnhof durchbrochen wurde. Da war ich aber nicht dabei, nur per Video konnte ich das im Nachhinein sehen. Als ich diese Gruppe vor der Polizeikette gesehen hatte, hatte ich gedacht: »Antifa, Polizei, zu krass.«, und war umgekehrt. Ich lief jedoch noch einmal zurück, aber über eine kleine Seitenstraße an dieser ersten Polizeikette vorbei, wobei mich etwa 100 Leute begleiteten. Es gelang mir trotz aller Mühen nicht, mehr Leute umzuleiten. Nach dieser ersten Polizeikette folgte jedoch eine zweite, massivere mit Pferden, die uns den Weg zum Ring, also der geplanten Umzugsstrecke, versperrte.

»UNITED WE STAND« (SCOOTER)

Wir von der *Freedom Parade* waren ganz vorne mit Techno-Musik dabei, als sich immer mehr Menschen vor der Kette versammelten. Einzelne hatten keine Chance durchzubrechen, es brauchte einfach ein Sich-In-Bewegung-Setzen von vielen gleichzeitig. Dazu wurde aus unseren Reihen per Megaphon immer wieder animiert, dass die Leute einfach alle gemeinsam nach vorne drücken. Was dann auch gelang. Die Polizei wurde recht sanft zur Seite geschoben. Dabei war der schwarze Block nicht mehr zu sehen. Natürlich



ICH LIEBE DICH

Unser rasender Reporter Clark Kent *berichtet für DW bundesweit von Demonstrationen der Demokratiebewegung — und diesmal auch von seinen »Helfern«*

In ganz Deutschland ist viel los – immer mehr Hass, Wut und Neid sind auf der Straße. Warum fange ich so an? Nun, meine Fahrten durch das Land haben mir genau das gezeigt: Es gibt mehrere Lager, die immer wieder gegeneinander kämpfen.

»Die Antifa«, die Polizei, die Bevölkerung, die Rechtsextremen, die Presse, die Regierung und die, die gegen die Corona-Maßnahmen sind. Ich selber bin nichts davon – ich versuche einen objektiven Blick darauf zu werfen und den Menschen auf der Straße zu helfen. Jetzt könnte man annehmen, dass die Fronten so klar sind, wie ich die Gruppen oben beschrieben habe – dem ist nicht so. Aber am Besten fange ich da an, wo ich das letzte Mal aufgehört habe:

In diesem Land beginnt eine neue Bewegung zu wachsen: Das H.e.l.f.a.-Projekt! Sie ist der Antagonist zu Hass, Wut und Neid. Es geht um das Zusammensein, die Menschlichkeit und das kostenlose Teilen von Hilfe. Mehr dazu findet ihr auf der Webseite *helfa.org* oder auf *Telegram: Helfa_Kanal.* Wenn ich nicht auf Demonstrationen bin, gebe ich Helfa-Seminare, so auch am Donnerstag in Kiel.

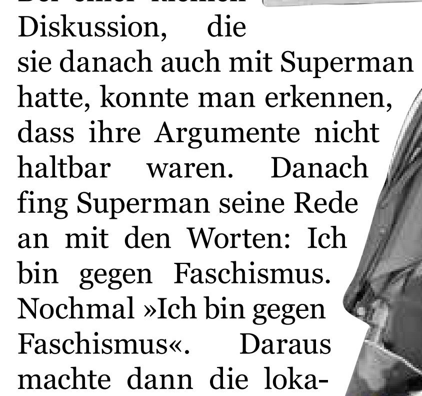
Am Freitag, eine Woche vor der großen Demonstration in Leipzig, war ich in Eckernförde. Dort trat die Oppostion zu den Coronamaßnahmen einen angemeldeten Marsch an. Hier konnte man drei Gruppen sehen: Die demokratischen Spaziergänger, die Polizei und die »Antifa«. Alles ist relativ friedlich abgelaufen – und obwohl sie verschiedene Aufgaben und Meinungen hatten, waren sie für genau das selbe Ziel auf der Straße: Sie wollen die Welt verbessern.

Am Samstag war dann eine Demonstration in Rendsburg. Dort haben Menschen ruhig demonstriert.

Per Telefon bekam ich aber mit, wie der blinde Mann, der in der Szene bekannt ist, weil er schon einmal von der Polizei in Wuppertal schwer misshandelt wurde, erneut von der Polizei mit acht Mann fertig gemacht wurde. Dieses Mal von den Kollegen der Nachbarschaftswache. Sein Hörgerät ging dabei kaputt, die Hose und der Blindengürtel. Die Polizei schien wohl ihre Rache ausleben zu wollen – verhältnismäßig ist daran nichts.

Auf der Demo selber war alles relativ ruhig, bis darauf, dass der Moderator mir wegen persönlichen Befindlichkeiten dreimal die Rede störte, bis er mir den Lautsprecher ausschaltete. Hier konnte man genau sehen, dass die Grenzen, wer gegen wen ist, nicht so klar sind.

Am Sonntag war dann in Itzehoe eine Demo, wo auch die »Antifa« eine Gegendemo geplant hatte. Dort durften viele Menschen reden, auch eine Lehrerin, die *für* die Maßnahmen war. Sie hat ein Gedicht vorgelesen, indem sie auch die Menschen, zu denen sie sprach, leicht beleidigte und sie als »Schwurbler« bezeichnete. Mir ist nicht klar, warum eine Lehrerin ihr Publikum beleidigt und wie sie mit Kindern umgeht, bei denen sie spricht. Bei einer kleinen Diskussion, die sie danach auch mit Superman hatte, konnte man erkennen, dass ihre Argumente nicht haltbar waren. Danach fing Superman seine Rede an mit den Worten: Ich bin gegen Faschismus. Nochmal »Ich bin gegen Faschismus«. Daraus machte dann die lokale Presse in ihrer Überschrift: »Rechte Querdenker-Demo«. Wir kennen das.



Am Montag war dann ein Spaziergang in Kiel – sehr ruhig und ohne großes Tohuwabohu. Keine Polizei, alles ruhig – Friede. Unter der Woche waren einige Veranstaltungen von »Helfa« und dann. War ja die nächste große Sache geplant.

LEIPZIG!

Am Freitag fing es mit einer Demonstration am Marktplatz an, wo auch eine Gegendemo war. Die Antifa-Darsteller (echts ind die nicht) waren in Leipzig sehr präsent, was damit einherging, dass sie im Anschluss der Versammlung Auseinandersetzungen mit der Polizei hatten und Sachbeschädigungen stattfanden. Wobei drei Polizisten verletzt wurden. Bei der Demonstration selber gab es aber nur die üblichen verbalen Auseinandersetzungen. Schöne Demonstration und sehr friedlich.

Am Samstag fing der Tag mit dem Autokorso *»Love Wins«* an. Rund 45 Autos plus 40 Fahrräder. Beim Start wurden wir von windigen Antifa-Imitatoren aufgehalten und damit verzögerte sich das Ganze um zwei Stunden. Witzig: Die Gegendemo saß im Schatten auf dem kalten Boden, während wir in der Sonne tanzten. So schön kann eine Demonstration sein. Danach sind wir losgefahren und unser Tenor war: Die Liebe gewinnt. Aus den Megaphonen war die Frage zu hören: Wann hast Du das letzte mal »Ich liebe Dich« gesagt?

Danach wollten wir auf die Großbühne gehen, doch auf dem Weg dahin sagte man uns, dass die Veranstaltung bereits abgebrochen worden sei. Also gingen wir durch die Stadt und Superman bekam eine Bühne bei der »Eltern stehen Auf«-Bewegung. Doch dort wurde die Veranstaltung beendet und es ging zum Ring, um dort zu gucken, ob man nicht doch noch wie angemeldet den Umzug machen könne. Nachdem Superman Ralf Ludwig traf, wollten beide zu den Demonstranten stoßen, die eingekesselt waren, um dort ein bisschen zu helfen.

Kurz bevor sie ankamen, brachen die Demonstranten aus. Ein Polizeitrupp kam auf einmal an und



VON ALLEN!

(...domparade.de)

gab es da kurz ein körperliches Geschiebe, es blieb aber im Großen und Ganzen friedlich. Die Polizei hat die Lage schnell erkannt und weiter auf Deeskalation gesetzt. Was auch funktionierte. Es war ein friedlicher und fröhlicher Umzug durch die Stadt, bis wir zurück am Startplatz angekommen waren. Dort sprach noch Heiko Schöning von den Ärzten für Aufklärung.

Als *SchwrzVyce* gerade seinen neuen Song sang, kam die Polizei und nahm einige von uns fest. Menschen sammelten sich um uns und riefen: »Lasst sie frei!« Nach kurzer Zeit wurden wir dann auch wieder auf freien Fuß gesetzt, es gab Kuchen und dann ging es tanzend zurück nach Berlin.



DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Ganztägig	Berlin, beim Tipi am Kanzleramt	Querdenken Camp
14.11.2020 23:00-6:00 Uhr (jeden Sa)	Berlin, innerhalb des S-Bahn-Rings	Freibier in Berlin, Organisiert von der Sperrstunde. Freibier solange Vorrat reicht
14.11.2020 14:00-15:30 (jeden Sa)	Hagen, NRW, Hohenzollernstr.	Mahnwache für Frieden und Freiheit
14.11.2020 13:30-15:30	Bochum, Schauspielhaus	GEMEINSAM SCHREITEN FÜR MUT, KRAFT UND FREIHEIT
14.11.2020 14:00-16:30	Lörrach, Senser Platz	FÜR UNSERE GRUNDRECHTE, FÜR DIE WÜRDE DES MENSCHEN, FÜR DEMOKRATIE
14.11.2020 15:00-17:00 (jeden Sa)	Bühl (Baden), Kirch- u. Marktplatz	Immunität für Freiheit, Gesundheit und soziale Sicherheit
14.11.2020 11:00-17:00	Regensburg, Friedensstraße	Fest für Freiheit, Frieden und Selbstbestimmung
14.11.2020 12:00-17:30	Frankfurt am Main, Kaiserstraße	KEIN LOCKDOWN FÜR BEMBELTOWN! - Demo mit Aufzug
14.11.2020 14:00-17:30	Karlsruhe, Schlossplatz oder Messplatz	FÜR WAHRHEIT, FREIHEIT UND FRIEDEN
14.11.2020 15:00-18:00 (jeden Sa)	Berlin, Alexanderplatz	Aufhebung aller Corona-Maßnahmen und Wiederherstellung unserer Grundrechte
14.11.2020 15:00-18:00 (jeden Sa)	Bad Kreuznach, Kornmarkt	WIR FÜR DAS GRUNDGESETZ
14.11.2020 15:00-20:30	Aachen, Eurogress Monheimsallee 48	Kundgebung mit Lichterzug
14.11.2020 13:30 - 15:30	BOCHUM, Schauspielhaus	GEMEINSAM SCHREITEN FÜR MUT, KRAFT UND FREIHEIT
15.11.2020 14-18:00 Uhr. Sonntags	Köln, Heumarkt	Mahnwache von Deutschland sucht das Grundgesetz
15.11.2020 11:00-14:00	Hamm, Südring, Stern- und Südstraße	CORONA-MASSNAHMEN ABSCHAFFEN, RÜCKNAHME GRUNDRECHTSEINSCHRÄNKUNGEN
15.11.2020 15:00-19:00	Düsseldorf, Rheinkirmesgelände	Kinder lächeln ohne Angst - Umzug mit Lichtern
16.11.2020 17:45-19:45 (jeden Mo)	Köln, Rudolfplatz	Die flüsternde Mahnwache für artgerechte Menschhaltung und Verhältnismäßigkeit
16.11.2020 19:00-20:30 (jeden Mo)	Krefeld, Theaterplatz	DEMONSTRATION FÜR MENSCHENRECHTE, GRUNDGESETZ UND FREIHEIT
16.11.2020 18:00-21:00 (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau
16.11.2020 18:00-21:00 (jeden Mo)	Marbach a.N., Schillerhöhe	Montagstreff auf der Schillerhöhe
16.11.2020 15-18 Uhr, Montags	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
17.11.2020 15-18 Uhr (Do od. Fr)	Berlin, Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog
18.11.2020 14:00-17:30	Berlin, Vor dem Bundestag	Kundgebung - STOPPT das Infektionsschutzgesetz
19.11.2020 15:00-18:00 (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer-/Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
20.11.2020 16:00-19:00	Leverkusen, Friedrich-Ebert Platz 1	KUMM LASTE M'R RÄDDE WAT PASSEET
21.11.2020 13:30-18:00	Bochum, Ort wird noch bekannt gegeben	FEST FÜR FRIEDEN, FREIHEIT UND LIEBE
21.11.2020 10:00-22:00	Kaiserslautern, Volkspark	ENLIGHTENING EUROPE
21.11.2020 15:00 - 18:00	BAD KREUZNACH, Kornmarkt	WIR FÜR DAS GRUNDGESETZ
21.11.2020 15:00 - 17:00	BÜHL-BADEN, Hauptstr. 47	WIR FÜR GRUNDRECHTE, GESUNDHEIT UND SOZIALE SICHERHEIT
22.11.2020 13:00-16:00	Heilbronn, Kiliansplatz	Wir gegen die Maskenpflicht
22.11.2020 14:00-16:30	Stuttgart, HBF Stuttgart (Königstraße)	WIR MÜSSEN REDEN! Wir schweigen weiter den die hören nicht auf uns
23.11.2020 18:00-21:00 (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
28.11.2020 11:00-13:00	Aalen, Friedhofstrasse	GEMEINSAM SIND WIR STARK mit einem Demozug »Ruf der Trommeln«
28.11.2020 13:00-16:00	Aalen, Greutplatz, Parkstraße	GEMEINSAM SIND WIR STARK - Kundgebung
31.12.2020 ab 12 Uhr	BERLIN, STR. DES 17. JUNI/STADTWEIT	u.a. Willkommen 2021 / Verfassungsbewegung beginnt 2021 mit Demokratie

SIEHE AUCH NICHTOHNEUNS.DE + NEWSLETTER

es sah so aus, als ob das Knüppeln auf Demonstranten, wie in Berlin, wieder anfangen würde. Superman versuchte also die Menschen so schnell wie möglich von dem Ort wegzubringen, damit es nicht eskaliert – doch die Polizisten haben nichts dergleichen getan, sie waren absolut friedlich. Sie waren absolut souverän, deeskalierend und so, wie man sich Superhelden oder Polizisten vorstellt.

Dementsprechend hat man auch sie behandelt, sich bedankt und Dankbarkeit gezeigt. Es war historisch, episch. Genauso wird es wohl in der Vergangenheit gewesen sein, eine Wiederholung also. Der exakte Weg wurde zwar nicht gegangen, aber dafür hatte in dieser Stadt die Menschlichkeit gesiegt. Das sehen wohl einige Medien anders, die Anschläge der Antifa-Darsteller den Demonstranten zuschreiben, während die Grünen irgendwas Faschistisches erzählen, was man nun mit Menschen machen soll. Nein, meine lieben Mitmenschen, das war eine Sternstunde, Geschichte!

Übrigens: Das Video der Delegation von *DW* und Demokratischer Gewerkschaft zum Thema der Verfassung ist online mehrfach abrufbar. Während der bejubelten Worte erfolgte der Abbruch der Bühne durch die Polizei.

AM SONNTAG GING ES WEITER

Am nächsten Tag war der Demo-Bus von Bodo Schiffmann und Samuel Eckert am Völkerschlachtdenkmal in Leipzig. Ein sehr eindrucksvoller Ort und auch die Polizisten waren wieder sehr menschlich. So hatte sich zwar eine kleine Anzahl von Gegendemonstranten gebildet, aber die haben keinen Krach gemacht. Nachdem der Tourbus weg war, haben wir sogar miteinander geredet und diskutiert. Ich stellte mich zwischenzeitlich dazwischen und versuchte immer wieder, Ruhe hineinzubringen.

Das bemerkte die Polizei und fragte mich, ob ich auch dafür sorgen könne, dass die Abstandsregeln eingehalten werden können, damit die Gespräche auch weiterhin laufen können. Natürlich kam ich dem Wunsch entgegen: Wir müssen gegenseitig ein bisschen aufeinander zugehen, um endlich Lösungen zu finden, die für alle Menschen eine Gültigkeit haben.

Warum habe ich nun am Anfang so negativ angefangen? Nun, was alles passiert, zeigt, dass wir schlechte Gefühle haben, wenn Hass, Neid und Wut da sind. Die »große« Presse hat einen sehr großen Anteil daran, dass dem so ist. So habe ich jemanden von der *ARD* am Autokorso gefragt, warum denn die *ARD* so viele Fehler macht, oder sogar lügt. Der Reporter meinte dazu, dass die Journalisten dafür nichts können, die bringen nur die Bilder raus – die Redakteure sind es, die das Sagen haben. Und die Reporter würden sich selber wundern, wie viele Fehler die Redakteure machen.

Die Polizisten, wie wir sie in Berlin kennengelernt haben, sind auch nicht alle so unmenschlich. So war die Berliner Hundertschaft mit der Nummer 33 auch in Leipzig, hatte nicht das Kommado und durfte deshalb nicht draufhauen. Sie machten sich deshalb über die Menschen lustig und verarschten sie. Da sieht man, was das für Menschen sind. Im Gegensatz zu den anderen Polizisten, mit denen ich reden durfte. Sie waren teilweise sogar der Meinung, dass man die Veranstaltung hätte weiter laufen lassen sollen, das hätte doch niemanden geschadet. So hatten sie Stress wegen nichts und einen großen Tumult.

Zum Glück sind die Demokraten so unterschiedlich, wie man sein kann. Zwei Sachen kann man jedoch fast allen unterstellen: Sie sind friedlich und wollen, dass es den Menschen besser geht. Eine Sache würde ich die Leute aber gerne alle fragen: ***Wann habt Ihr das letzte mal »Ich liebe Dich« gesagt?***

Fotos: Eva Huber, Hannes Henkelmann, Steve Schramm.

Montage: Ute Feuerstacke / DW



ONCE UPON A TIME IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Provinzposse: Bodo Schiffmann und Anwälte drangsaliert. BERICHT *von Werner Köhne*

Was ein Rechtsstaat ist, erfahren wir gegenwärtig in Form seiner staatlich exekutiv betriebenen Negation. In luzider Hegelscher Dialektik übersetzt hieße das: Die Wahrheit des Rechtsstaates liegt zur Zeit in seiner massenhaften Beugung – entstanden aus dem Geiste einer verwüsteten Vorstellung von Moral und richtigem Leben in Coronazeiten.

Was heute unsere Realität ist, erfahren wir indes ebenso an Hand ihrer Negation, ihrer Leugnung. Heute aber kommt diese Verneinung als Posse daher – eine Posse, die uns inzwischen als die reine nackte deutsche Wirklichkeit entgegentritt.

Zu den Fakten. Am 9 November – bekanntlich ein Schicksalsdatum der Deutschen – wird der Corona-Info-Bus mit der mobilen vierköpfigen Männer-WG Schiffmann, Eckert, Ludwig, Greulich in Mecklenburg-Vorpommern zwanzig Kilometer nach Grenzüberfahrt von einer Polizeieskorte angehalten und an einer Weiterfahrt nach Neubrandenburg gehindert, wo die sechzigste Versammlung stattfinden sollte.

Begründet wird das Verbot zur Weiterfahrt mit einer regierungsamtlichen Verfügung, dass wegen eines *Lockdowns* keine Personen in das Bundesland einreisen dürfen. Die vier Veranstalter der Infotour verweisen darauf, dass sie als Initiatoren einer genehmigten Versammlung eben *doch* einreisen dürfen. Es folgt ein Hin und Her, bis ein Obereinsatzleiter der Polizei nach einer Stunde vor Ort eintrifft, mit der Aufforderung an die Vierercrew, innerhalb einer Viertelstunde das Land MV zu verlassen. Zwischendurch kommt



Die deutschen Regierungen haben die schlechten Elemente der Kleinstaaterei wiederentdeckt. »Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet« war mal. *Collage: Jill Sandjaja/DW*

es zu einem absurden Dialog darüber, wer dem strammen Ordnungshüter diese Verfügungsgewalt übertragen habe.

Der gute Mann verwickelt sich dabei in erhebliche Widersprüche: Einmal will er vom Landrat beauftragt worden sein (mündlich); einmal folgt er seiner eigenen Rechtsauffassung, die ihn schließlich dazu verleitet, Gewalt anzudrohen, wenn der Bus nicht innerhalb einer Viertelstunde den Ort und damit das Land MV verlasse. Aber, wohin, wenn man sich schon im Land bewegt – und dort eigentlich gar nicht einfahren durfte? Zudem hat der Busfahrer sein Lenkzeitlimit bald überschritten, so dass nur noch wenig Zeit bleibt, um dem Befehl dieses leitenden Beamten nachzukommen.

Inzwischen hat in der anlaufenden Nacht der Vorgang in den Tiefen des Landes dazu geführt, dass nahezu hunderttausend Internet-User (Weltrekord?) auf drei Live-Streams die Posse mitverfolgen konnten. Sie erleben, wie unsere Wirklichkeit institutionell inzwischen bestückt ist: Zum Beispiel mit zahlreichen Grenzen in Deutschland, wie nach dem Dreißigjährigen Krieg; mit Landräten, die man früher mit Hirschgeweihen in der guten Stube assoziiert hat; mit Gesundheitsämtern, Ordnungsämtern und Verwaltungsgerichten, die fernab jeglicher einsehbarer Fakten zu staatlich beorderten Wahrheitsorganen umfunktioniert werden. Noch kurz zum Ende dieses Narrativs: Der stramme Ordnungshüter wird von seinen weniger rigiden Kollegen überstimmt. Die Crew darf vorerst im Lande MV bleiben und am nächsten Morgen die Fahrt fortsetzen. Gibt es ein besseres *Framing* für Aufklärung, Mister Kant?

RED. NACHTRAG: Der folgende Tag brachte für die Crew der Info-Tour noch stundenlange rechtswidrige Verhandlungen, Konfiszierungen und Gerichtstermine mit sich. Er endete mit einem Sieg der Verfassungsbewegung: Ungefähr 2.000 Menschen versammelten sich in Schwerin und nahmen die Gebeutelten herzlich demokratisch in Empfang.

+++MELDUNG+++

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG FÜR IMMER

Berlin/DW. Am 5. November 2020 stimmte der deutsche Bundestag der »Entfristung von Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung« zu. CDU/CSU, SPD und AfD hatten dafür, FDP, Linkspartei und Grüne dagegen gestimmt. Eigentlich wären die Regelungen im Rahmen des Terrorismusgesetzes am 10. November 2021 ausgelaufen. Anlass für das Gesetz waren die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA, die auch in Deutschland zu strengeren Kontrollmaßnahmen und mehr Befugnissen für Behörden wie das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst und den Bundesnachrichtendienst führten. Sie alle bekamen umfassende Möglichkeiten wie zur Mobilfunküberwachung; Fluggesellschaften und Telekommunikationsunternehmen müssen weiterhin Auskünfte geben. Kritiker fordern eine Reform des Gesetzes und halten die Eingriffe in die Privatsphäre für teilweise verfassungswidrig.

EU-RAT WILL VERSCHLÜSSELUNG EINSCHRÄNKEN

Brüssel/DW. Nach dem Terroranschlag in Wien am 2. November 2020 planen die EU-Staaten die Ausweitung der digitalen Überwachung. Im Schnellverfahren fordern sie offenbar einen »Generalschlüssel« für Messengerdienste wie WhatsApp oder Signal. Das geht aus einem mit 6. November datierten internen Dokument der deutschen Ratpräsidentschaft an die Delegationen der Mitgliedsstaaten hervor.

KLINIKEN VERÖFFENTLICHEN INTENSIV-AUSLASTUNG

Berlin/DW. Die Kliniken der Helios GmbH veröffentlichen die Auslastung ihrer Intensivbetten tagesaktuell auf helios-gesundheit.de. Professor Andreas Meier-Hellmann, Geschäftsführer Medizin, erklärt dazu: »Die Zahl der Neuinfektionen allein ist noch nicht aussagekräftig darüber, ob unser Gesundheitssystem mit der Pandemie umgehen kann. Um diese Informationslücke zu schließen, stellen wir die Angaben für alle Helios-Kliniken täglich auf unserer Webseite zur Verfügung.« Aus den Daten vom 11. November geht hervor, dass die 89 Kliniken derzeit 165 Menschen mit Covid auf einer Intensivstation behandeln. Die Regierungsbehörde RKI listet zeitgleich 114.881 »Gesamtfälle« PCR-Positivgetester für die zurückliegenden sieben Tage mit dem Corona-Grippeinfekt.

HUNGERSTREIK

Der Eingriff der Regierung in das Leben der Menschen führt zu Angst und Hoffnungslosigkeit. Besonders jungen Menschen fehlt eine positive Zukunftsvision.

In einer größeren Runde der Demokratiebewegung eröffnete eine Studentin das Vorhaben, diesen Brief zu veröffentlichen und an ihre Familie und Freunde zu schicken:

»Mein Name ist Anna und ich wollte eigentlich jetzt in Dresden anfangen, Psychologie zu studieren. Gerade habe ich gelesen, dass die Regierung ab Anfang November einen neuen Lockdown über das Infektionsschutzgesetz in Kraft treten lassen will. Es soll alles bis auf Lebensmittelläden und Kindergärten/Schulen geschlossen werden, es soll Wohnungskontrollen geben und Mensch darf sich nur noch mit Personen aus dem selben Haushalt draußen blicken lassen.

Damit nimmt mir diese Regierung alles, was meine nächsten zwei Monate lebenswert gemacht hätte. Mich von meinen Freunden aus der Heimat verabschieden. Mit der gesamten Familie zusammen Weihnachten verbringen. In meiner Lieblingskneipe in Friedrichstadt alte Musik hören und einen Irish Coffee genießen und in Kleingruppen zusammen fürs Studium lernen, weil das Onlinestudium sonst unerträglich wird. Mit meiner Romanze einen Spaziergang machen oder in den Pub gehen. Das schlimmste daran ist, dass durch diese verfassungswidrigen Verordnungen menschliche Nähe kriminalisiert wird. Ich könnte eingebuchtet werden, dafür jemanden der nicht in meinem Haushalt wohnt, auf offener Straße zu umarmen. Ich könnte gewaltsam mitgenommen werden, wenn ich mich zum demonstrieren versamme. Doch wenn du nicht mehr demonstrieren darfst, was ist dann von einer Demokratie noch übrig?

Ich will in dieser Welt nicht mehr Leben. Diese Realität, die hier erschaffen wird, ist für mich nichts mehr wert. Wenn Überwachung, Zensur und die Verfolgung von kritischen Geistern normal werden, dann hält mich hier nichts mehr.
Und deshalb habe ich beschlossen eine Ankündigung zu machen: Wenn es zu einem zweiten Lockdown kommt, welcher oben beschriebene Dinge Alltag werden lässt, dann trete ich in den Hungerstreik. Dann trete ich so lange in den Hungerstreik, bis alle demokratischen Grundrechte wiederhergestellt sind, der Notstand epidemischer Lage nationaler Tragweite von Bundestag und allen Parlamenten und Gerichten, sowie von Polizei und Militär beendet und anerkannt wird, und das Grundgesetz um einen weiteren Artikel erweitert wird, der für die kommenden Generationen Therapiefreiheit gewährleistet und die Diskriminierung und Verfolgung von Menschen, die sich vorwiegend oder ausschließlich durch natürliche Medizin therapieren wollen allumfassend verbietet. Ich werde nicht vorher aufhören, weil ich nichts mehr zu verlieren habe. Ihr habt mir alles schon fortgenommen. Auch wenn es mich mein Leben kosten sollte.

Exponentielles Wachstum hat es im Zusammenhang mit Sars-Cov-2 nie gegeben und wird es in Zusammenhang mit Sars Cov 2 nie geben. Unsere Krankenhäuser können durch Sars-Cov-2 nicht überlastet werden. Wenn Sie in irgendeiner Form an ihre Grenzen kommen, dann durch Personalmangel, Heruntergekommenheit oder dem verantwortungslosen Umgang mit Beatmungsgeräten und Intensivbettenkapazitäten. Die Regierung provoziert mit ihrer Entscheidung eine Hyperinflation, eine immense kapitalistische Machtkonzentrierung, Armut, Bürgerkrieg, die Zunahme von Suiziden und Lebensmittelengpässe. Das kann ich nicht mehr mittragen.

Zudem ziehe ich es vor, eines würdevollen Todes zu sterben, anstatt durch die Folgen des Lockdowns oder eines forcierten, genverändernden und unwissenschaftlich erzeugten Impfstoffes, den ihr uns meines Erachtens durch diese Agenda der Angst als letzten Ausweg verkaufen wollt.« – Anna Holzkind, Dresden den 29.10.2020

Wir drucken den Text hier unter Pseudonym ab, weil er stellvertretend für viele Menschen auf den Punkt bringt, was die »Verstetigung« der totalitären Hygienediktatur für Menschen bedeutet. Anna hat den Brief noch nicht abgeschickt. Aggi Dunkel, Autorin der freien Presseplattform* Rubikon, *befindet sich bereits seit dem 29.September 2020 im Hungerstreik.

GRUNDGESETZLEUGNER...

Fortsetzung von der Titelseite
von Sophia-Maria Antonulas

Aber was, wenn die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes so beschlossen werden?

»Wehrt euch, es hat sich nichts geändert. Einzelne Maßnahmen können immer bekämpft werden. Denn Paragraph 28a enthält nur Regelbeispiele, deren Verhältnismäßigkeit muss noch immer gegeben und überprüfbar sein«, macht Rechtsanwalt Tobias Gall Hoffnung. Er ist ebenfalls bei der Initiative Anwälte für Aufklärung engagiert und anlässlich des Gesetzesentwurfs sogar als Sachverständiger in den Gesundheitsausschuss zur Anhörung geladen.

WENN UNRECHT ZU RECHT WIRD...

Sein Hauptkritikpunkt an den geplanten Änderungen ist, dass es sich beim Infektionsschutzgesetz eigentlich um ein ganz altes Gefahrenabwehrrecht handelt, das zu den Polizeirechten gehört und immer schon der Seuchenbekämpfung diente. »Als solches unterscheidet es zwischen sogenannten Störern und Nicht-Störern. Und das Rechtsprinzip besagt, dass der Störer, also die Person, von der eine Gefahr ausgeht, zuerst in Anspruch zu nehmen ist«, erklärt Gall. »Außer bei einer gefahrenrechtlichen Notstandslage oder zur Aufklärung der Sachlage. Beides mag subjektiv im März dieses Jahres noch der Fall gewesen sein.« Wodurch sich der wahnhafte Zustand erklären ließe, in dem die Regierung gehandelt hat. Für den Juristen sind jedenfalls alle Corona-Maßnahmen rechtswidrig, weil praktisch ausschließlich Gesunde betroffen sind. »Diese Umkehrung ist ein Skandal«, empört sich Gall. Denn auch ein positiver PCR-Test bedeute schließlich nicht infiziert.

Äußerst ungewöhnlich findet Gall auch, dass mit der dritten Änderung des Infektionsschutzgesetzes ein Einzelfallgesetz für nur einen bestimmten Virus geschaffen wird. »Gesetze sind per se allgemein gehalten. Dieses Änderungsgesetz ist ein systemwidriges Gesetz – es widerspricht dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit.«

Im Paragraphen 28a werden also einzelne unbestimmte Regelungen als Möglichkeiten beschrieben, die zulässig sein sollen, um Grundfreiheiten einzuschränken, wenn es eine Infektionslage gibt – aber nur beim Coronavirus SARS-CoV-2. »Ohne, dass das Virus sauber nach den Koch'schen Postulaten isoliert ist, wird es dort reingeschrieben. Das ist ein veritabler Skandal«, betont auch Rechtsanwalt Ralf Ludwig von den Klagepaten. Ludwig zeigt sich überzeugt, dass der PCR-Test nicht in der Lage sei, Infektionen festzustellen. »Wir Anwälte werden kämpfen. Wir werden alles tun, dass diese verfassungswidrige Lage aufhört.«

...WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT

In eine ähnliche Kerbe schlägt Dr. Reiner Füllmich: »Das Infektionsschutzgesetz in seiner alten Fassung, also vor den Coronaänderungen, war völlig ausreichend zur Bekämpfung jeder Grippe und jeder Seuche.« Der Anwalt für Verbraucherschutz gehört seit Kurzem der neu gegründeten Partei Die Basis an. Auch Die Basis sieht das Infektionsschutzgesetz in seiner Fassung vom 20. Juli 2000 für vollkommen ausreichend an. Denn in der alten Version ist die Verpflichtung zur Prüfung der Verhältnismäßigkeit anhand der Koch'schen Postulate wesentlich. Damit ließe sich das Gleichgewicht zwischen dem im Grundrecht verankerten Recht auf körperliche Unversehrtheit und den zum gesundheitlichen Schutz notwendigen Einschränkungen bewahren.

»Die dritte Änderung des Infektionsschutzgesetzes, die der Regierung die extreme Beschneidung der Persönlichkeitsrechte aller einräumt, sieht keine Kontrolle durch parlamentarischen Organe vor«, erklärt der Basis-Vorsitzende Frank Roedel. »Aber eine freiheitliche Gesellschaft kann es aber nur geben, wenn Macht und Machtstrukturen begrenzt und kontrolliert werden.«

Grundrechte sind Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat. Der Staat hat diese Rechte nicht gönnerhaft zu gewähren, sondern ihren Bestand zu gewährleisten. So appelliert auch Johannes Kirnberger vom Verein 1bis19 – für Grundrechte und Rechtsstaat an das Gewissen der Parlamentarier: »Wir fordern unsere Bundestagsabgeordneten auf, sich Gedanken zu machen, ob eine derartige Verschärfung noch verhältnismäßig ist. Sie haben einen Eid darauf geschworen, jeglichen Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.« Er will die Parlamentarier daran erinnern, dass sie nicht der Regierung, sondern ihrem Gewissen verpflichtet sind. Sie sollen entsprechend handeln und der Neufassung des Infektionsschutzgesetz die Zustimmung verweigern.

Anscheinend wurden die nun vorliegenden Änderungen zum Infektionsschutzgesetz sehr hastig entworfen. Das Bundesministerium für Gesundheit legte dem Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Prof. Ulrich Kelber, erst am 14. Oktober abends einen ersten Entwurf vor mit einer Frist zur Stellungnahme bis zum 16. Oktober. Eine neue Version bekam er dann am 23. Oktober morgens mit Frist zur Stellungnahme bis zum gleichen Tag, 18 Uhr. »Diese extrem kurzen Fristen erschweren eine sachgerechte Bearbeitung erheblich und erscheinen zu einem Zeitpunkt, zu dem die Pandemie-Lage seit mehr als sieben Monaten besteht, nicht angemessen«, schreibt Kelber in seiner Stellungnahme. »Erneut werden mit dem Gesetz verschiedene Meldepflichten oder Übermittlungen personenbezogener Daten eingeführt oder erweitert, ohne zu berücksichtigen, dass die Verarbeitung von Gesundheitsdaten, also besonders geschützten personenbezogenen Daten, einen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung darstellt.«

Kelber zeigt sich weiter besorgt, dass die Gewinnung von Erkenntnissen zunehmend gesetzlich vorgesehen und bundesweit zwingend durch staatliche Stellen vorgesehen ist. Laut dem Gesetzentwurf sind sowohl digitale Einreiseanmeldungen nach einem Aufenthalt in Risikogebieten als auch »neuartige Surveillance-Instrumente« (Überwachungsinstrumente) beim Robert Koch-Institut geplant.

GRUNDGESETZWIDRIG BIS ZUM GEHTNICHTMEHR

Auch Paragraph 36 der geplanten Gesetzesänderung hat es in sich. Wer im Fall einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite in ein Risikogebiet reist und auch wieder zurück möchte, muss eine Impfdokumentation, ein ärztliches Zeugnis oder ein Testergebnis vorweisen und Auskunft geben, ob »Anhaltspunkte« für eine Erkrankung vorliegen. Aber nicht nur Behörden oder die Grenzpolizei sollen befugt sein, diese Informationen einzuholen, sondern auch »Unternehmen, die im Eisenbahn-, Bus-, Schiffs- oder Flugverkehr Reisende befördern, Betreiber von Flugplätzen, Häfen, Personenbahnhöfen und Omnibusbahnhöfen«.

Auch Zwangsuntersuchungen sind vorgesehen. Im Entwurf heißt es dazu wörtlich: »Personen, die kein aufgrund der Rechtsverordnung nach Satz 1 Nummer 1 erforderliches ärztliches Zeugnis oder erforderliches Testergebnis vorlegen, sind verpflichtet, eine Untersuchung auf Ausschluss der in Absatz 8 Satz 1 genannten Krankheit zu dulden. Damit wird das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit eingeschränkt.«

Am 18. November wird der Deutsche Bundestag in zweiter und dritter Lesung das Gesetz im Plenum beraten. Vor dem Reichstag soll eine massive Kundgebung geplant sein.

WIDERSTAND DER UNIVERSITÄTEN: »STUDENTEN STEHEN AUF«

Luise, Sprecherin der Initiative »Studenten stehen auf« berichtet: »Wir sind keine Gruppe, die sich nur an Studierende richtet. Bei uns versammelt sich vorwiegend die jüngere Generation: Sowohl Studenten als auch Auszubildende, Leute, die schon Arbeiten oder noch in der Schule sind. Wir sind eine Gruppe von Menschen, die kritisch denken. Ich bemerke immer wieder, wie einsam diese Menschen in unserer Generation sind. Es ist wichtig, dass diese Leute wissen: Ich bin nicht allein. Es gibt Leute, mit denen ich sprechen kann, mit denen ich meine Ängste und Sorgen teilen kann.

Es ist jetzt wirklich notwendig etwas zu ändern. Die freie Meinungsäußerung ist nicht mehr möglich. Die Diskussionskultur und freie Wissenschaft existieren nicht mehr. Man kann sich als Wissenschaftler nicht mehr äußern, ohne Angst, zensiert oder diffamiert zu werden. Das ist ein Riesenproblem für die Demokratie.

Wir sind ist eine Bewegung für starke Menschen, die sich trauen, etwas zu tun; die sich trauen, anders zu sein, als ihre Freunde. Deshalb hat unsere Bewegung ein starkes Fundament. Wir sind alle Individuen, keine Gruppentiere. Wir sind Menschen, die von sich aus etwas machen. Das sind zumeist Einzelgänger. Dadurch haben wir eine Stärke, die man nicht unterschätzen sollte. Ganz klar ist: Wir sind keine Trendbewegung.

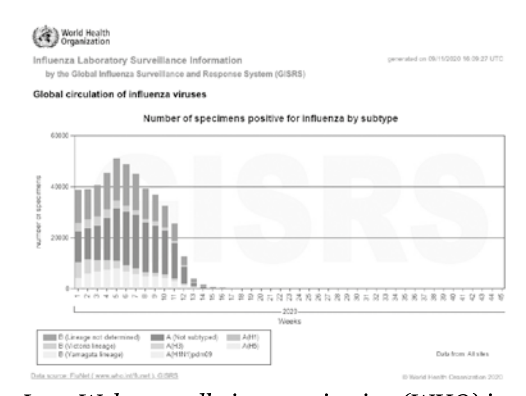
Jede Trendbewegung wird irgendwann verschwinden. Aber wir nicht. Telegram Kontakt:

t.me/Studenten_Stehen_Auf

Protokoll und Foto: Samuel Gfrörer/DW



Kämpferische Demokraten an den Unis und auf der Straße in Leipzig.



Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist im Jahre 2020 der Influenza-Virus (Grippe) verschwunden. Frisst Corona Grippe auf?

POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von tausenden einzelnen Spendern und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit € 10.- in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke! – Kontakt auch über demokratischerwiderstand.de

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE UND HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Berliner Allee 150
13088 Berlin

Qual der US-Wahl

ANALYSE von Hermann Ploppa

Nutzen wir die Zeit, bis US-Wahlgremien die Ausspielung der Wählerstimmen vollendet haben und die Glücksfee die Zahlen zieht. Währenddessen machen wir uns mit einigen Besonderheiten des US-amerikanischen Wahlsystems ein bisschen vertraut.

Zunächst mal die politischen Parteien in den USA. Das sind keine weltanschaulichen Vereinigungen zur Durchsetzung des Wahren, Guten und Schönen, wie das ja bei uns bekanntlich der Fall ist. Es gibt überhaupt nur zwei wichtige Parteien in den USA: Die Demokraten und die Republikaner. Dass auch noch die Libertäre Partei und eine Grüne Partei kandidieren, hat kaum jemand bemerkt. Und die beiden großen Parteien sind bei Lichte besehen eher Dienstleistungsunternehmen für reiche Leute, die sich den Kindertraum von der eigenen Präsidentschaft erfüllen wollen.

Eine echt amerikanische Kuriosität im Wahl-Prozedere besteht in der Einsetzung von Wahlmännern. Jeder US-Bundesstaat ernennt Männer und Frauen, die den Präsidenten wählen müssen. Sagen wir mal, Trump hat in einem US-Bundesstaat eine hauchdünne Mehrheit der Wählerstimmen, dann sind alle ernannten Wahlmänner und –frauen dazu verdonnert, ihre Stimme dem Gewinner Trump zu geben, nach dem amerikanischen Grundsatz: *The Winner takes it all* – der Sieger bekommt alles.

Die Wählerstimmen spielen also nur eine untergeordnete Rolle. So kommt es, dass im Jahre 2016 Hillary Clinton zweieinhalb Millionen Wählerstimmen mehr bekam als Donald Trump, Trump aber die meisten Wahlmänner für sich gewinnen konnte. Das Wahlmännerprinzip ist ein bizarres Überbleibsel aus der Gründerzeit der USA, als die Protagonisten noch mit Allonge-Perücken und Kniehosen herumliefen.

Lange Zeit war das politische Rückgrat der Demokratischen Partei das große Segment von Redneck-Südstaatenbewohnern. Leute, denen die Befreiung der Sklaven ein Dorn im Auge war. So richtig hinterwäldlerische Spießer. Das hat sich erst unter den Präsidenten Kennedy und Johnson komplett gedreht. Besonders der demokratische Präsident Johnson setzte mutig die Gleichberechtigung der Schwarzen in den Südstaaten durch.



Die Demokraten mussten sich neue Wählerschichten suchen, die sie vornehmlich bei den Einwanderern gefunden haben. Weswegen Politologen den Demokraten eine große Zukunft vorhersagen, da die ethnischen Minderheiten der Afroamerikaner, der Hispanics und der Asiaten sich eher von den Demokraten vertreten fühlen. Das hat sich allerdings gerade bei der aktuellen Wahl geändert. Denn Trump hat bei den Ethnic Minorities massiv hinzugewinnen können.

Weiter: Die 50 US-Bundesstaaten haben noch ein großes Maß an Selbstbestimmung. So herrscht ein großes Durcheinander in den Wahlregeln. Der eine Bundesstaat wählt ganz anders als sein Nachbar. Das wäre in etwa so, als wenn das Bundesland Nordrhein-Westfalen bei der Bundestagswahl das Verhältniswahlrecht vorschreibt, der königlich-söderliche Freistaat Bayern jedoch das Mehrheitswahlrecht hätte und die Hansestadt Bremen vielleicht eine Kombination aus beiden. Eine US-weite Normierung der Präsidentschaftswahlen ist nicht angedacht. Dann gibt es in den Städten, Kreisen und Bundesstaaten keine einheitlichen Melderegister. Briefwahlunterlagen werden nicht auf Antrag zugeschickt, sondern alle US-Bürger werden mit Briefwahlunterlagen vollgeregnet. Wenn eine einzige Person seine Wahlstimme über Briefwahl in zwei verschiedenen Bundesstaaten abgibt, merkt das keiner. Andere Leute können nicht einmal eine einzige Stimme abgeben. Die zweieinhalb Millionen Strafgefangenen, die die privatisierte Gefängnisindustrie in den USA generiert hat, dürfen ebenso wenig wählen wie resozialisierte Ex-Delinquenten.

BRIEFWAHL IN PENNSYLVANIA...

Vornehm ausgedrückt: Wahlen in den USA sind nicht so einfach mit Wahlen in Mitteleuropa zu vergleichen. Der Wählerwille ist dabei eher Nebensache. Und wenn man sich anschaut, wie extrem einseitig die Medien in den USA und gefolgsam dann auch in der Bundesrepublik Deutschland den Amtsinhaber Trump verunglimpft haben, und welche Welle des Wohlwollens dem Herausforderer Biden medial entgegenwallte, kann man am Objektivitätsauftrag eben dieser Medien gewisse Zweifel hegen. »Trump muss weg!« So kann man den homophonen Medienchor zusammenfassen. Und es wurde auch schon lange geunkt, dass Trump seine Wahlniederlage nicht anerkennen werde und einfach weiterhin seine Wohnung im Weißen Haus widerrechtlich besetzt halten könnte. Schlau schlau. Nach all dem oben Gesagten kann man es Trump gar nicht verdenken, dass er das Wahlergebnis richterlich prüfen lassen will. *These Elections are rigged, anyway!*

Der Artikel erscheint in erweiterter Fassung im Journalistenportal KenFM.de.

BASISDEMOKRATIE: ONLINE UND OFFLINE

In Weißrussland sagen sich mehr und mehr Menschen von der Regierungsmacht los und organisieren sich selbst. *Von Ilia Ryvkin, Minsk*

Der »Hof der Veränderungen« ist in Minsk in aller Munde. Die Bewohner eines Hausblocks im Neubaubezirk »Nowoje Ozero« organisierten sich, um vor Ort die gemeinsame politische Haltung zu zeigen und sich gegenseitig Beistand zu leisten.

Es begann am 6. August dieses Jahres, als zwei Musiker während eines Volksfestes einen alten Rockhit auflegten: »Veränderungen fördern unsere Herzen! Veränderungen fördern unsere Augen! In unseren Gelächter, unseren Tränen, im Pulsieren unserer Venen: Veränderungen! Wir erwarten Veränderungen!« Wer hätte ahnen können, dass ein halbvergessener Achtziger-Song heutzutage solch eine heftige Reaktion provozieren würde!

Die DJs wurden festgenommen, wegen *Rowdytums* angeklagt und für schuldig erklärt. Bald darauf erschien ein Bild der beiden Verhafteten auf der Wand einer technischen Bude im Hof eines Wohnblocks an der Tscherwjakow-Strasse. Ein stinknormaler Spielplatz im Neubaubezirk wurde zum »Platz der Veränderungen« erklärt und landesweit als Flaggschiff der lokalen Selbstorganisation bekannt. Frau und Mann von nebenan, die, wie gehabt, im eigenen Hof verweilen, sind mehr als nur Nachbarn, sondern auch wiederständige Mitstreiter, was der Stimmung eine besondere Note verleiht. Minsker Musiker, auch prominente, treten abends am »Platz der Veränderungen« kostenlos auf.

TELEGRAM SOLL AUSGESCHALTET WERDEN

Der belorussische Gewaltapparat reagiert auf die lokale, selbstorganisierte Widerstandszelle mit Razzien und Wohnungsdurchsuchungen. Aber gleich darauf ist eine von einer Alarmmeldung im lokalen *Telegram*-Chat ausgelöste Menschenmenge bereit, sich den Angreifern zu widersetzen. Eine ständige Schikane in diesem Ausmaß kann sich der Gewaltapparat des Landes nicht leisten. Die lokal und gleichzeitig digital organisierten Graswurzel-Initiativen deckten rapide die komplette Landesfläche ab. Wie ein Wurzelgeflecht überwächst das Widerstandsnetzwerk Häuser und Städte, erscheint mal als Elternkomitee, mal als Hilfswerk oder Freundeskreis, effizient und unbürokratisch, man kennt sich ja.

Die Kommunikation zu unterbinden, schafft der weißrussische Staat bei allen Bemühungen nicht. Ein Paradebeispiel lieferte der viel mächtigere östliche Nachbar. Im Jahre 2018, nach den abgelehnten Forderungen des russischen Geheimdienstes FSB, die Verschlüsselungsprotokolle der Messenger-Dienste offenzulegen, wurde per Gerichtsurteil eine landesweite Sperrung des Dienstes verordnet. Die dortigen Provider machten sich daran, alle IP-Adressen, von denen die Telegram-Dienste zur Verfügung gestellt wurden, zu sperren. Telegram erwiderte den Angriff, indem diese IP-Adressen immer wieder blitzschnell geändert wurden. Als die Anzahl der gesperrten IP-Adressen 19 Millionen übertraf und im Lande daraufhin kaum noch etwas online lief, musste der russische Staat seine Niederlage einräumen. Die Verteidigungstaktik von Telegram wäre aber ohne Rückhalt der Internet-Riesen Google, Amazon, Microsoft und Apple undenkbar gewesen.

Hier in Minsk dreht man sonntags den Mobilfunk quasi ab, um die Koordination der Großdemos zu erschweren. Aber auch dann kann man per Telegram sowohl senden als auch empfangen. Dazu stelle man die Betriebsbandbreite am Smartphone von LTE auf 2G um. Einen kompletten Ausfall der Datenübertragung kann sich der Staat nicht leisten. Angesichts der stets wachsenden politischen Zensur der Online-Giganten, wie Twitter, Facebook oder Google, ziehen Millionen von Menschen Telegram in Betracht. Das erste, was sie feststellen: Der Messenger lässt jeder Meinung auf den öffentlichen Kanälen und in Gruppen Freiraum. Aus dem russischen Debakel folgt, dass die Meinungs- und Redefreiheit im Netz zu einem großen Teil von der Gnade der Internet-Konzerne abhängt. Auch die EU versucht, verschlüsselte Messenger-Dienste zu verbieten, beziehungsweise in den Griff zu kriegen.

Das von den Verfassungen garantierte Grundrecht auf Brief- und Fernmeldegeheimnis ist im Netz derzeit nur solange realisierbar, bis Menschen der Sorte Gates und Bezos sich nicht mit dem Macht- und Gewaltapparat verschwören.

Bislang gut vernetzte Basisdemokraten in Leipzig am 7. November 2020.
Foto: Eva Huber Montage: J. Sandjaja

VIRUS ÜBERDECKT GEPLANTE INFLATION

Das bedrohliche Projekt: Einiges deutet darauf hin, dass eine digitale Zentralbankwährung vorbereitet wird. *Von Ernst Wolff*

Während Politik und Medien die Bürger wegen steigender positiver PCR-Tests einmal mehr in Angst und Schrecken versetzen, laufen im Hintergrund Prozesse ab, die unser aller Leben in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erheblich stärker beeinflussen werden, als es die Krankheit Covid-19 vermutlich je vermocht hätte.

Das wichtigste und für uns alle bedrohlichste Projekt, das zurzeit weltweit unter Hochdruck vorangetrieben wird, ist die Einführung digitaler Zentralbankwährungen, mit denen man offensichtlich versuchen will, das globale Finanzsystem vor dem endgültigen Kollaps zu bewahren. Das wird zwar auf Dauer nicht gelingen, könnte das aktuelle System aber noch für eine kurze geschichtliche Etappe am Leben erhalten.

Der Preis, den wir alle dafür zahlen müssten, wäre allerdings hoch: Der Plan sieht nämlich vor, dass jeder Bürger nur noch ein einziges digitales Konto bei der Zentralbank unterhält und sämtliche Finanztransaktionen darüber vornimmt. Bei gleichzeitiger Abschaffung des Bargeldes würde es uns allen damit unmöglich, uns der vollständigen Kontrolle durch den Staat zu entziehen.

Natürlich wird ein solches Vorhaben innerhalb der Bevölkerung auf erheblichen Widerstand treffen. Da es aber keine andere Möglichkeit mehr gibt, das bestehende Finanzsystem mit herkömmlichen Mitteln weiter am Leben zu erhalten, lautet die für die Verantwortlichen entscheidende Frage: Wie lässt sich das digitale Zentralbankgeld am besten einführen?

Es ist sehr gut möglich, dass es dafür bereits einen Plan seitens der Finanzelite gibt und wir schon mitten in seiner Umsetzung stecken. Eines der wichtigsten Anzeichen hierfür ist der durch den *Lockdown* vorsätzlich herbeigeführte Crash an den Finanzmärkten. Er hat den Zentralbanken den höchst willkommenen Grund geliefert, die bisher größten Summen künstlich geschaffenen Geldes ins System zu pumpen und die Zinsen auf den bisher niedrigsten Stand zu senken.

Am 2. Oktober hat die EU-Zentralbank EZB per Pressemitteilung verkündet, ihre Arbeit an einem digitalen Euro intensivieren zu wollen. Begründet wird das mit drei möglichen Szenarien:
1. einem kräftigen Rückgang der Bargeldnutzung,
2. der Ausgabe eines »globalen privaten Zahlungsmittels, das regulatorische Sorgen und Risiken für die Finanzstabilität und den Konsumentenschutz mit sich bringt«,
3. der breiten Nutzung einer von fremden Notenbanken herausgegebenen digitalen Zentralbankwährung. (dw)

GRÖSSTER TRUMPF DER ZENTRALBANKEN: DIE AHNUNGSLOSIGKEIT DER BEVÖLKERUNG

Damit aber hat man dem System nur eine vorübergehende Atempause verschafft. Die Konsequenzen des *Lockdowns* sowie die ständig neuen Corona-Maßnahmen werden in absehbarer Zeit — und das lässt sich mit absoluter Sicherheit voraussagen — die seit dem Zweiten Weltkrieg größte Welle an Entlassungen und einen erneuten drastischen Einbruch an den zurzeit komplett überhitzten Finanzmärkten nach sich ziehen.

Da eine weitere Zinssenkung in den Negativbereich führen und das Bankensystem von innen her zerstören würde, wird man auf den kommenden Crash nur mit der Injektion noch höherer Summen als im März/April 2020 reagieren können. Das aber wird nicht ausreichen, um die Lage zu stabilisieren, denn die einsetzende Massenarbeitslosigkeit wird zu einem gewaltigen Nachfrageeinbruch und damit einem Warenüberhang führen, der ebenfalls systemgefährdend wäre. Hiergegen gäbe es dann nur noch ein Mittel: Das Helikoptergeld.

Wir werden also aller Wahrscheinlichkeit nach eine Kombination aus zweistelligen Billionen-Injektionen und der Verteilung von Riesensummen an Helikoptergeld erleben. Das aber wird unweigerlich in eine Inflation führen, die — und das ist ein weiteres Indiz für einen bereits bestehenden Plan — von der US-Zentralbank und der EZB ja bereits angekündigt und als »erwünscht« bezeichnet worden ist. Diese Inflation wird sich allerdings sehr schnell in eine galoppierende und dann in eine Hyperinflation verwandeln, weil das Helikoptergeld ja kontinuierlich erhöht werden müsste, was die Alltagspreise immer höher treiben und eine nicht endende Spirale der Geldvermehrung in Gang setzen würde.

Klaus Schwab, Gründer des Davoser Weltwirtschaftsforums (»The Great Reset«, der große Neustart), bezeichnet sich selbst als »Künstler«. Hier in einem Gewand seiner Wahl.

Montage (Feuer): Jill Sandjaja/ DW

Der Finanzelite käme die Hyperinflation natürlich sehr gelegen, denn wir leben zurzeit mit der höchsten Schuldenlast aller Zeiten — und die würde mit jedem Prozent Geldentwertung stärker dahinschmelzen. Weniger gut sähe es dagegen für die Empfänger des Helikoptergeldes aus: Ihre Bezüge würden stets hinter der immer stärker anziehenden Inflation herhinken, was innerhalb der Bevölkerung mit großer Sicherheit zu zunehmender Unruhe und irgendwann zu schweren sozialen Verwerfungen führen dürfte.

Das so entstehende gesellschaftliche Chaos würde der Zentralbank eine einmalige »Chance« bieten: Die Unwissenheit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die die Inflation für eine Art Naturphänomen hält und nicht begreift, dass sie gewollt ist und vorsätzlich herbeigeführt wurde. Die Zentralbank könnte genau diese Ahnungslosigkeit ausnutzen und sich als »Retterin« inszenieren, indem sie den Menschen über das digitale Zentralbankkonto ein dauerhaftes »Grundeinkommen« anbietet, über das ihre Zahlungen zeitnah an die Inflation angeglichen werden könnten.

Mit der Durchsetzung dieses Plans, auf den sehr viele Zeichen der vergangenen Wochen und Monate hindeuten, würde die Finanzelite — ohne jede Anwendung von Gewalt — gleich drei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die eigene Macht erhalten, ihre Schulden loswerden und durch die Hintertür ein Geldsystem einführen, mit dem sie den Rest der Bevölkerung kontrollieren und disziplinieren könnte. Da die technische Umsetzung der Einführung des digitalen Zentralbankgeldes durch die großen IT-Konzerne vorgenommen und diese das System dadurch mitbeherrschen würden, wäre die Welt damit endgültig im autoritären Korporatismus angekommen — womit sich der Lebenstraum des Benito Mussolini mit einem Dreivierteljahrhundert Verspätung erfüllt hätte.

Ernst Wolff ist Finanzexperte und Buchautor. Der Artikel wurde sinnwahrend gekürzt übernommen vom konzern- und regierungsunabhängigen Journalistenportal kenfm.de

Nicht notwendiges Leben?

Zum Corona-Zivilisationsbruch
KOMMENTAR *von Knut Mellenthin*

So, wie die Regierung agiert und argumentiert, kann zum »Leben, wie wir es kannten« kein rational und ethisch begründbarer Weg zurückführen: Falls der weltweit eingeschlagene Weg zum Umgang mit ansteckenden Krankheiten wirklich medizinisch alternativlos und ethisch vertretbar wäre, müsste man ihn stetig fortsetzen.

Denn gegen die Viren kann die Menschheit so wenig gewinnen wie der Hase gegen den Igel. In Abwandlung eines klassischen Wienerliedes: »Es wird jahraus, jahrein ein neues Virus sein«. Und außerdem für die nächsten Jahre »Corona«, ob mit oder ohne Impfstoff.

Merkel hat mit ihrer Trennung des menschlichen Lebens in einen lebensnotwendigen und einen nicht lebensnotwendigen, daher also verzichtbaren Teil, eine explizite Zäsur eingeleitet.

Als lebensnotwendig wird nur noch a) »die Wirtschaft« und b) die staatliche Aufbewahrung und Schulbildung der Kinder und Jugendlichen anerkannt.

Während des ersten Lockdowns im Frühjahr galt noch nicht einmal *b)* als Teil des lebensnotwendigen Lebens. Es kann auch jetzt wieder jederzeit durch Massenquarantänen eingeschränkt oder aufgehoben werden. Ob kindliches Spielen lebensnotwendig ist, steht sowieso zur Disposition. Insofern trennt die Regierung das lebensnotwendige Leben in einen absolut lebensnotwendigen und einen nur bedingt lebensnotwendigen Teil.

Sozialkontakte außerhalb der Telekommunikation sind demnach nicht lebensnotwendig, sondern im Gegenteil sogar lebensgefährlich. Neben dem traditionellen Prinzip, dass der Mensch dem Menschen ein Wolf sei, gilt seit März zusätzlich, dass der Mensch dem Menschen eine Virenschleuder und ein misstrauisch zu meidender Gefährder ist. Besuche in Alters- und Pflegeheimen sind nicht lebensnotwendig, ebenso wenig wie in Krankenhäusern. Freizeit ist nicht lebensnotwendig. Sport ist nicht lebensnotwendig. Kultur ist zwar »existentiell« – hat Merkel gesagt –, aber nicht lebensnotwendig. Was immer der Unterschied sein mag.

Der Mensch reduziert auf seine Rolle als Arbeitskraft. Jenseits dieser Rolle grundsätzlich keine Lebensnotwendigkeiten. Aber selbstverständlich ist auch nicht lebensnotwendiges Leben keineswegs unwertes Leben. Die Regierenden sind schließlich keine Unmenschen.

Knut Mellenthin arbeitete nach dem Geschichtsstudium (1967-1972) bis 1994 als Redakteur der »Analyse & Kritik«vsowie als persönlicher Mitarbeiter für Innenpolitik einer Bundestagsabgeordneten. Neben der Geschichte des Holocausts (holocaust-chronologie.de) schreibt der Experte zur internationalen Politik der Gegenwart.

MELDUNG

KOMMEN JETZT BERUFSVERBOTE?

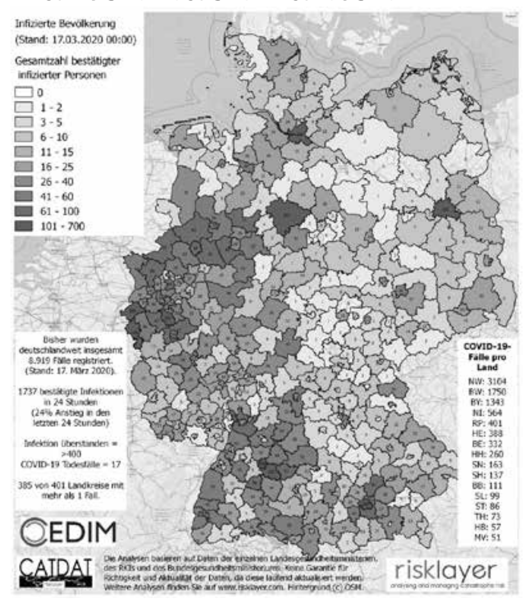
Berlin/DW Die *Berliner Ärztekammer* geht laut Meldungen der *ARD*-Propaganda gegen Mediziner vor, die sich kritisch zu Corona äußerten und äußern. So sollen juristische Verfahren wegen »Patientengefährdung« eingeleitet werden, wenn Ärzte »systematische Gefälligkeitsatteste« ausgefüllt haben sollen oder ihre Patienten dazu aufgefordert haben, im Wartezimmer keine Maske zu tragen.

Es sollen seit März 130 Medizinerinnen und Mediziner in Berlin »mit Behauptungen aufgefallen« sein, so der Ärztekammerpräsident Günther Jonitz in einem Interview mit dem *RBB*. Der Begriff »Patientengefährdung« wurde nach Berichten des *Ärzteblattes* erst 2016 eingeführt, um die Qualität der Behandlung in Krankenhäusern zu verbessern. Unter Medizinern und Juristen ist er umstritten.

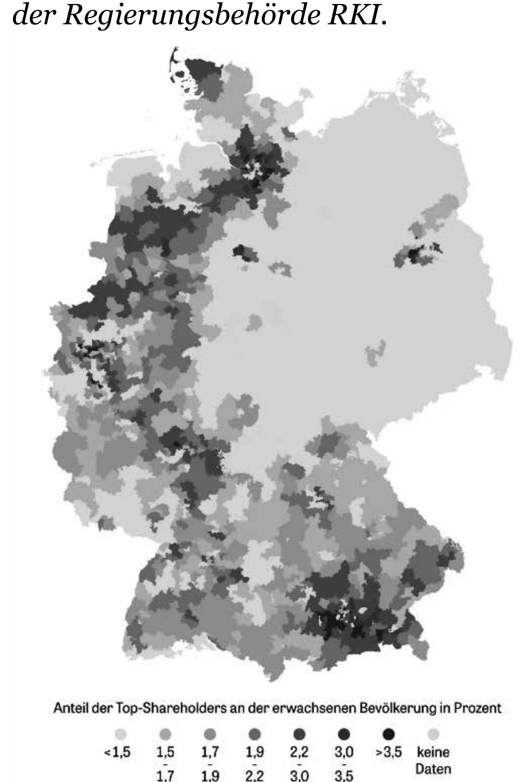
Leserbriefe

Wir, die Redaktion des Demokratischen Widerstandes, freuen uns über Ihre Rückmeldungen. Wenn Sie uns etwas mitteilen möchten, können Sie einen Brief oder eine Postkarte senden an: KDW e.V., Berliner Allee 150, 1308 Berlin. – Wir lesen alles.

Karten nach Zahlen



Oben: Grafische Darstellung nach bekanntgegebenen Corona-Risiko-Daten der Regierungsbehörde RKI.



Unten: Beteiligung an Firmenbesitz nach Regionen in Deutschland laut Review of Income and Wealth, *doi.org*.

Zum seltsamen Tod des Mittelstandspräsidenten



Ein politischer Nachruf auf Mario Ohoven

von Hermann Ploppa

Kein Mensch der breiten Masse und am Ende doch auf der Seite unserer Verfassung: Mario Ohoven.

Foto: BVMV-Pressematerial/DW

Am Samstag, dem 31. Oktober 2020, verunglückte der langjährige Präsident des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft (BVMW), Mario Ohoven, mit seinem Bentley-Wagen tödlich. Rettungsmannschaften versuchten den mit dem Tode Ringenden aus dem vollkommen zerstörten Auto zu befreien – ohne Erfolg.

Über die Begleitumstände und die Ursachen dieses tragischen Unfalls kann im Augenblick noch nichts Endgültiges gesagt werden. Der plötzliche Tod von Mario Ohoven kommt indes in einem sehr entscheidenden Augenblick. Ohoven war seit 1998 Präsident des Bundesverbands Mittelständische Wirtschaft. Ab dem Jahre 2004 übernahm der Rheinländer zudem die Präsidentschaft über den europäischen Dachverband mittlerer und kleiner Betriebe CEAPME. Dem europäischen Dachverband gehören Mittelstandsvereinigungen aus 15 Ländern an.

MUSS OBDUZIERT WERDEN?

Ohoven hat die Weltsicht der Unternehmer aus seiner Generation der heute über Siebzigjährigen weitergetragen. So wetterte Ohoven gegen Steuerhöhungen im Allgemeinen und gegen die Mietpreisbremse im Besonderen, ebenso gegen das Erneuerbare Energien-Gesetz von 2017. Wenig Kritisches fand sich bei Ohoven, wenn es um die Zerstörung des Mittelstands durch die Marktradikalen Netzwerke ging. Nichts Kritisches findet sich auch beim Mittelstandsfunktionär, als die Zerschlagung der genossenschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Geldwirtschaft zu Buche schlug – also um Raiffeisen- und Volksbanken sowie Sparkassen und Landesbanken.

Diese Einrichtungen sind essentiell für das Wohlergehen kleiner und mittlerer Betriebe. Sie sind der Lebenssaft des Mittelstands. Sie bieten dieser Kundschaft die preiswerten und zuverlässigen Kredite für ein sicheres Wirtschaften und Planen. Dass zudem angemessene Löhne für Arbeiter und Angestellte die Voraussetzung für ausreichende Nachfrage bei mittelständischen Unternehmen sind – Ohoven hatte für solche Gedanken kein großes Verständnis.

Ohoven hob sich aber auch positiv von Vertretern anderer Unternehmerverbände ab. So erkannte er, dass TTIP ein Freihandelsabkommen darstellte, das den USA im transatlantischen Handel massive Vorteile einbringen und damit die europäische Wirtschaft langfristig zu einem enthaupteten Organ der US-Konzerne degradieren würde. Er wandte sich mit guten Argumenten gegen die Abschaffung des Bargelds.

Und nun Corona. Die massiven und absolut einseitigen Einschränkungen der Geschäftstätigkeiten der mittelständischen Wirtschaft durch die Bundesregierung fordern zum Protest der Mittelständler heraus. Am 1. Mai 2020 trat Ohovens BVMW mit seinem ersten offenen Brandbrief an die Bundeskanzlerin an die Öffentlichkeit. Titel: »Bevor es zu spät ist!«. Dort ist zu lesen:

»In großer Sorge um die Zukunft dieses Landes und um den Wohlstand seiner Bürger appellieren wir an die Politik: Beenden Sie die einseitige Fixierung auf eine rein virologische Sichtweise und damit das gefährliche Spiel mit den Zukunftschancen dieses Landes. Es geht um das Schicksal des deutschen Mittelstands. Heben Sie den Lockdown auf, bevor es zu spät ist! ... Trotz eines staatlichen Rettungspakets von mehr als einer Billion Euro droht eine Pleitewelle unbekannten Ausmaßes, die die Existenz Hunderttausender Menschen binnen weniger Wochen vernichten könnte.«

Frau Merkel und die unheilige Allianz aller im Bundestag vertretenen Parteien ignorierten diesen Brandbrief großräumig. Ab August begann bereits unübersehbar die Einstimmung auf den nächsten *Lockdown* im Herbst. Auf der Webseite des BVMW fand sich längere Zeit ein Emblem mit der Aufschrift: »Kein Zweiter *Lockdown*!«. Ein zweiter Brandbrief an die Kanzlerin folgte:

»Bitte schließen Sie einen zweiten *Lockdown* verbindlich aus, damit im Mittelstand wieder stabile Zuversicht Einzug hält!«

Am 28. Oktober gab Mario Ohoven das letzte Interview seines Lebens. Im Video der Zeitung *Die Welt* vergleicht Ohoven den zweiten *Lockown* mit einem zweiten Herzinfarkt, den die mittelständische Wirtschaft nicht mehr überleben werde. Im Großen und Ganzen befindet sich Ohoven bei diesem letzten öffentlichen Auftritt auf einer Linie mit der Bundesregierung. Er wiederholt das Narrativ von der Gefährlichkeit des Corona-Virus. Ihm sind die Auflagen des zweiten *Lockdowns* im Prinzip noch nicht scharf genug. Die Kritiker der Corona-Politik der Bundesregierung kanzelt Ohoven ziemlich grob ab. Sie hätten die jetzige Pandemie-Misere mit zu verantworten. Möglicherweise hatte sich Ohoven eine Art Deal mit der Kanzlerin erhofft, bei dem der Mittelstand schonend weggekommen wäre. Denn schon am nächsten Tag veröffentlicht die größte deutsche Mittelstandsvereinigung eine Erklärung von Mario Ohoven, der die Enttäuschung über Merkels Selbstherrlichkeit abzulesen ist:

»Die Bundeskanzlerin konnte in ihrer Regierungserklärung keine für den Mittelstand zufriedenstellende Begründung für den von ihr und den Ministerpräsidenten der Länder verfügten zweiten *Lockdown* liefern. Als Folge dieser – am Deutschen Bundestag vorbei – beschlossenen Maßnahmen droht tausenden Mittelständlern das wirtschaftliche Aus. Es besteht kein Zweifel daran, dass der Staat zur Eindämmung der Pandemie alles tun muss, was geeignet, erforderlich und angemessen ist, um die Bürger zu schützen. Bei den getroffenen Maßnahmen geht es aber um nicht weniger als die wirtschaftliche Existenz von ganzen Berufsgruppen, Millionen von Selbstständigen und deren Familien. Daher ist es nicht nur legitim, sondern geradezu geboten, die Frage zu stellen, ob die Maßnahmen auch im Rechtssinne verhältnismäßig sind und damit im Einklang mit unserer Verfassung stehen. Wir werden als Verband im Interesse des Mittelstands eine solche Überprüfung veranlassen. Am Ende könnte die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts stehen.«

Endlich hatte Ohoven den Mut, die verfassungswidrige Umgehung der Parlamente offen auszusprechen. Hier kann man in der Tat die Koinzidenz mit dem plötzlichen ungeklärten Tod des Bundestagsvizepräsidenten Thomas Oppermann nicht ganz unerwähnt lassen. Auch Oppermann war nicht mehr länger bereit, den De-facto-Putsch der Merkel-Regierung in Kooperation mit den Ministerpräsidenten hinzunehmen.

Oppermann und Ohoven sind verstummt. Ohoven war ein bedeutender Interessenvertreter der mittelständischen Wirtschaft, und das auch auf internationaler Ebene. Ein Mann mit Ecken und Kanten. Dieser Verlust kann nicht so schnell ersetzt werden.

BILL UND KLAUS UND DIE ENDLICHE ERDE

TEIL 1 VON 2: Über Technokratie, Naturbeherrschung und Naturschutz *von Lucaz Kirch*

Heute soll es an dieser Stelle um Naturschutz gehen. Genauer gesagt um die Frage, ob Naturschutz es in unserem System überhaupt »bringen« kann.

I. BILL UND DIE ÜBERBEVÖLKERUNG

Gerade von Corona-kritischer Seite hört man nicht selten den Vorwurf, dass Bill Gates eigentlich beabsichtige, die Weltbevölkerung zu reduzieren. Die Belege hierfür sind denkbar vage – meistens wird seine Aussage angeführt, man könne durch gute Gesundheitspolitik in den Entwicklungsländern (natürlich mit Impfungen als zentralem Element) das Bevölkerungswachstum »stabilisieren«. Mich hat diese Sicht von Anfang an irritiert: Wenn die Mächtigen der Welt die Bevölkerung reduzieren wollten, wie kann es dann sein, dass die Weltbevölkerung weiterhin so dramatisch steigt? Und warum wird dann in der öffentlichen Diskussion das Problem der Überbevölkerung so wenig thematisiert?

Wir haben schon kurz vor Beginn der Corona-Zeit gesehen, dass Gates für seine Projekte sehr viel Medienaufmerksamkeit erhält. Parteien und Regierungen hofieren ihn. Auch seine Projekte zur Industrialisierung, Chemisierung und Gentechnisierung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern erhalten weitestgehend unkritische bis positive Resonanz – trotz der dramatischen Folgen für die Bevölkerung. Aber sein eigentliches Ziel – die Bevölkerung zu reduzieren – das verfolgt er nur im Geheimen? Und zwar so, dass die Bevölkerung laut Statistik weiter dramatisch ansteigt? DAS nenne ich Verschwörungstheorie.

Welcher Logik folgt denn die Bevölkerungsentwicklung seit der industriellen Revolution? Wo das Nahrungsangebot groß ist, da sind auch die Möglichkeiten zur Reproduktion größer. (In Wüsten leben weniger Menschen als auf grünen Auen.) Und wo die Petrochemie energiereiche Kunstdünger an den Mann bringt, da steigen die Bodenerträge weiter. Gleiches gilt beim Übergang zu Monokulturen und sonstiger Industrialisierung der Landwirtschaft. (In Regionen mit weitgehender Subsistenzwirtschaft steigt die Bevölkerung höchstens mäßig an, während die erfolgreiche Industrialisierung der Landschaft ein hohes Bevölkerungswachstum fast schon garantiert.)

Dementsprechend verläuft die Bevölkerungsentwicklung, in ihrer Verteilung ausgehend von den ursprünglichen Bodenerträgen, proportional zur agroindustriellen Entwicklung.

Je mehr sich nun eine Gesellschaft dem »Sättigungszustand« nähert (zum Beispiel Deutschland oder Holland), desto weniger werden die Überschüsse der industrialisierten Landwirtschaft benötigt, um weiteres Bevölkerungswachstum zu speisen.

Hier kommt mal wieder der selbstlose Wertewesten ins Spiel: Anstatt die Nahrungsüberschüsse für viel Geld vernichten zu lassen, kann man unter dem Nimbus der Nahrungsmittelhilfe noch ein Geschäft für die heimische Wirtschaft daraus machen. Die Bevölkerung in etlichen Ländern Afrikas und Asiens hätte sich schon längst auf viel niedrigerem Niveau stabilisiert, wenn der Westen nicht selbst die Basis für immer weiteres Wachstum liefern würde.

Durch seine Agrarpolitik schafft Bill Gates nun (über den Markt) zentralisierte Herrschaftsstrukturen (das ist wohl der »operative« Teil, also derjenige, der Gates kurzfristig direkte und indirekte Einnahmen verschafft). Gleichzeitig substituiert er damit aber die physiologische Basis für das weitere Bevölkerungswachstum: Die Dritte Welt wird von den »Almosen« des Westens unabhängig – selbst ein Umsteuern des Westens könnte dann nicht mehr so einfach eine Umkehr des Wachstums herbeiführen. So steuert Afrika weiter darauf zu, sich perspektivisch in ein riesiges Slum und Industriegebiet zu verwandeln, und das durchaus mit Hilfe von Gates‘ Organisationen.

Warum man diese Entwicklung kritisch betrachten sollte? Immerhin weist einiges darauf hin, dass Überbevölkerung für den Großteil unserer Umweltprobleme sowie etliche soziale und gesundheitliche Probleme maßgeblich (oftmals auch ursächlich) verantwortlich ist. Dabei wäre eine vernünftige Bevölkerungspolitik denkbar einfach: Wenn jede Frau über die Zahl ihrer Kinder und das Ob und Wie von Verhütung selbst bestimmen kann – dann gehen die Geburtenraten zurück, so einfach ist es. Empirisch ganz klar belegt. Es geht hier also nicht um Zwang und Bevormundung, sondern um »Empowerment« im positiven Sinne. Und das wäre für eine Organisation wie der WHO ein Kinderspiel – wenn denn der politische Wille dazu da wäre. Ach ja, wer dominiert nochmal in der WHO? War das nicht Gates? Warum passiert denn dann nichts?

DIE FALSCHEN UMWELTSCHÜTZER

Bei vernünftiger Betrachtung ist der eingangs genannte Vorwurf nichts als eine Nebelkerze – nichts könnte absurder sein. Bill Gates ist im eigenen Interesse dabei, Märkte in Afrika auf- und auszubauen. Er spricht auch nicht von »reduzieren«, sondern von »stabilisieren«. Und zwar nicht »Bevölkerung stabilisieren«, sondern »Wachstum stabilisieren«. So können wir sicher noch 80 Jahre mit Wachstum rechnen, wenn es nach ihm geht. Dabei steht bereits fest, dass Mister Gates Vermögen durch die »Pandemie« noch einmal kräftig gewachsen ist. Vielleicht sind Überbevölkerung und die ewige Orientierung auf Wachstum ja gar nicht Ausdruck von Freiheit, sondern einfach kapitalistische Logik?

II. KLAUS UND DER TRANSHUMANISMUS

Ob an den weiteren Vorwürfen gegenüber Bill Gates etwas dran ist? Es würde mich nicht wundern, dürfte aber schwierig zu beweisen sein. Weniger bedeckt hält sich hier Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums und persönlicher Freund von Gates. Fast alle Aspekte, die »Spinner und Esoteriker« mit Gates in Verbindung bringen, thematisiert Schwab ganz offen, auch in seinen Büchern. Die Liste ist lang, daher an dieser Stelle nur ein paar Schlaglichter: Schwabs technokratische »Vision« umfasst weitreichendes Geo-Engineering, Eugenik am Menschen durch Genmanipulation, »Upgrades« des Menschen durch Bionik, Integration von Computer und Mensch durch Implantate, Verschaltung von Denk-/Hirnprozessen mit Informationstechnologie und der entsprechenden Kontrolle – dies alles zusammengefasst unter dem Begriff »Transhumanismus«; die Eliten sollen die restlichen 99 Prozent durch kapitalistische *Global Governance*, heißt: Weltregieren, und »Systemführung« (euphemistisch für »totalitäre Herrschaft«) unter Kontrolle halten; menschliches Ermessen und politische Verantwortlichkeit wären in dieser Welt weitestgehend durch Algorithmen und Prozesse Künstlicher Intelligenz (KI) ersetzt; natürlich sieht diese Welt auch keinen Datenschutz mehr vor – die Menschen sollen einsehen, dass sie »Vertrauen zu den Prozessen fassen««-müssen; von allumfassender Überwachung und »Präkognition« in der Polizeiarbeit wäre diese Gesellschaft geprägt; damit Alternativen nicht mehr gedacht und umgesetzt werden können, will Schwab seine Visionen möglichst weltweit synchron umsetzen.

Schwab ist sich durchaus bewusst, dass seine Zielsetzungen unpopulär sind, doch er sieht in Klimakrise und »Pandemie« eine einmalige Chance, die verunsicherte Weltbevölkerung in diesem »begrenzten Zeitfenster« zu überrumpeln.

Dieser faschistische Visionär – übrigens ein großer Greta-Thunberg-Fan und Befürworter eines kapitalistischen *Green New Deal* – argumentiert relativ offen dafür, die Protestbewegungen der Jugend für seine Ziele zu vereinnahmen. Wenn man sich ansieht, welche Forderungen es von den Fridays-For-Future-Protesten bis in die politische Entscheidungsebene geschafft haben, muss man konstatieren: Es bleibt bei einem rein technischen, prozessorientierten und kapitalismuskompatiblen Umweltschutz; traditionelle Anliegen der Naturschutzbewegung, insbesondere der Landschaftsschutz und die Kritik an der Technisierung von Mensch und Umwelt, finden sich hingegen kaum wieder.

Dabei wird hier die Entfremdung des Menschen von der Natur weder überwunden noch aufgehoben, sondern schlicht verinnerlicht – der Mensch beherrscht immer perfekter die Natur und »überwindet« schließlich seine eigene Menschlichkeit, sein eigenes Menschsein.

III. FAZIT

Halten wir fest:
1. Viele dystopische, totalitäre und unmenschliche Zielsetzungen, die William »Bill« Gates vorgeworfen werden, werden von Schwab offen ausgesprochen und propagiert.
2. Die üblichen »Verschwörungstheorien« verblassen angesichts von Schwabs apokalyptischen Plänen. Auf diesen beweisbaren Teil sollte man sich konzentrieren.
3. Die Gefahr einer Entvölkerung der Erde ist eine Nebelkerze. Kapitalismus braucht Wachstum.
4. Jedes weitere Wachstum der Bevölkerung, jede weitere Ausdehnung der »Zivilisation« macht ein Leben in Würde für alle Menschen unmöglich und bringt uns nur der Orwell'schen Dystopie immer näher.
5. Vor diesem Hintergrund ist kapitalismuskompatibler Klima- und Umweltschutz nichts als eine große Augenwischerei!
6. Die Bekämpfung der totalitären Pläne sollte jetzt Priorität haben. Dann erst können wir im Umweltschutz wieder handlungsfähig werden.

Teil 2 erscheint in DW N°27. Der Autor Lucaz Kirch ist praktischer Linguist und Familienvater, legt Wert auf die Wiedergewinnung einer konstruktiven Linken und hat DW diesen Originalbeitrag zur Verfügung gestellt.

Pharma-Guru mit Todesplanet, allein zu Rundem Tisch: *Der frühere Computer-Profi und halbgebildete Impffanatiker* ***Gates.***

Collage: Jill Sandjaja/DW

Seit Darwin wissen wir: Individuen, die besser an ihre Umwelt angepasst sind, haben höhere Überlebenschancen als andere. Nur klaffen die biologische Umwelt (auf die sich Darwin in seiner Evolutionstheorie bezieht) und die gesellschaftliche Umwelt im Zuge der Corona-Maßnahmen weit auseinander.

Wie lügen die Staats- und Konzernmedien? Ein schmerzlicher Bericht aus dem Inneren der Propaganda *von Casey Koneth*

TUT GAR NICHT »VERSPROCHEN

Beispiel: Maskenpflicht. Rein darwinistisch, also biologisch, betrachtet, hätten diejenigen, deren Organismus und Immunsystem sich dem Sars-CoV-2-Virus anpassen können, bessere Chancen, die Pandemie zu überstehen, als andere. Rein gesellschaftlich betrachtet, werden jedoch diejenigen, die sich nicht der politisch verordneten Maskenpflicht anpassen können (und einen Stofffetzen tragen, der sie am freien Atmen hindert und ihr Immunsystem schwächt), vom Staat mit Bußgeldern belegt und von ihren staatsgläubigen Mitmenschen angefeindet und ausgegrenzt. Das ist Sozialdarwinismus. Denn hier werden diejenigen, die dem Diktat der Ellenbogen-Gesellschaft nicht entsprechen, als minderwertig erachtet und ihrer Rechte beraubt. Die Maskenpflicht ist dafür ein Paradebeispiel. Sie wurde in kürzester Zeit zum obersten Gebot des öffentlichen Lebens erhoben. Und das, obwohl keine medizinische Evidenz gegeben ist, dass die so genannten Alltagsmasken überhaupt gegen Viren schützen.

Selbst Staatsvirologe Christian Drosten sagte bereits in einer Konferenz, dass man nicht wissen könne, ob die Masken schützen, da *a)* auch in Nachbarländern wie Spanien, die schon seit geraumer Zeit eine strenge Maskenpflicht haben, die Infektionszahlen weiterhin – also trotz der Masken – nach oben gehen und da *b)* man ja noch nie ausprobiert habe, wie sich das Infektionsgeschehen ohne die Masken entwickeln würde. In anderen Worten: Wir haben eine Maskenpflicht, obwohl selbst der Staatsvirologe zugibt, dass diese Maßnahme keinesfalls auf belegten Daten, sondern auf reiner Spekulation beruht.

Während sich Drosten (seiner ganz eigenen Logik folgend) dennoch dafür ausspricht, einfach mal an der Maskenpflicht festzuhalten (genauso wie er sich dafür ausspricht, Menschen, die nicht mehr infektiös sind, einfach mal in Quarantäne zu schicken, denn auch wenn von diesen Menschen keine Infektion mehr ausgehe, könne man das ja ruhig mal machen), wagte es Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer und Facharzt für Allgemeinmedizin, die medizinische Sinnhaftigkeit von Alltagsmasken in der *ZDF-Talkshow* »Markus Lanz« öffentlich infrage zu stellen. Woraufhin ihm der echauffierte Moderator öffentlich verbot, die Maskenpflicht zu hinterfragen. Denn Moderator Lanz findet in seiner Sendung: »Die Maskenpflicht ist ein Punkt, über den man nicht mehr diskutieren sollte.« Und: »Medizinisch kann es doch nicht ernsthaft eine Frage geben, ob die Masken etwas bringen oder nicht.« Mediziner Dr. Reinhardt findet: »Doch!« Nur darf er das bei Lanz nicht sagen. Der Moderator verbietet ihm vehement, weiter darüber zu sprechen. — Soviel zum Bildungsauftrag und zum Demokratie-Verständnis im »öffentlich-rechtlichen« Staatsfernsehen.

Nun könnte man sagen: Wenn die Sinnhaftigkeit der Maskenpflicht weder belegt noch widerlegt ist, sollte man lieber auf Nummer sicher gehen. Ein beliebtes Argument der Maskenbefürworter lautet: »Die Maske tut doch nicht weh! Und wenn man mit so einem geringen Aufwand zur Bekämpfung der Pandemie beitragen kann, dann sollte man das auch tun.«

PROPAGANDPACK BELÜGT DIE GEZ-ZAHLER

Doch abgesehen davon, dass es durchaus medizinische Einschätzungen gibt, dass die Masken der Gesundheit eher schaden als sie zu schützen, ist das mit dem Wehtun ja so eine Sache. Das Schmerzempfinden ist nämlich genauso individuell und subjektiv wie jede andere unserer Sinneswahrnehmungen. Die einen essen gern Fisch, die anderen müssen dabei würgen. Die einen knabbern gern Nüsse, die anderen haben dagegen eine Allergie. Die einen hören liebend gern Heavy Metal, während andere diese Musik als Körperverletzung empfinden. Und da ist Heavy Metal keine Ausnahme.

Am Hamburger Hauptbahnhof wird über Lautsprecher non-stop klassische Musik gespielt, damit die Obdachlosen dort nicht herum lungern. Mit Erfolg. Auch vermeintlich schmerzfreie Klassik tut in Dauerschleife offenbar so weh, dass schutzbedürftige Menschen das Weite suchen. Auch Temperaturempfinden lässt sich bekanntlich nicht verallgemeinern. Neulich habe ich mit einer Pferdewirtin ein TV-Interview in einer Reithalle geführt. Die Wände waren offen, überall pfiff der Wind rein und es war eisig. Zumindest für das Kamerateam und mich. Während wir in unseren dicken Jacken froren, saß unsere Interviewpartnerin hingegen im T-Shirt vor uns und trällerte ungläubig, es sei doch »überhaupt nicht kalt!« Davon wurde uns Frierenden allerdings auch nicht wärmer.

Will sagen: Das eigene Körpergefühl ist nunmal individuell. Und das gilt für das Tragen einer Mundnasenbedeckung ganz besonders. Da hilft auch kein bevormundender Satz wie: »Tut doch nicht weh!« Wer anderen das Recht auf die eigene Schmerzgrenze abspricht, agiert in meinen Augen nicht nur realitätsfern, sondern gnadenlos egoistisch und unsolidarisch. Und das gilt im Übrigen nicht nur für den körperlichen Schmerz, sondern ebenso für den seelischen. Denn eine Verordnung, die die BürgerInnen zu einer Maßnahme zwingt, die weder medizinisch noch politisch legitimiert ist, ist im Zweifel nicht nur Körperverletzung, sondern auch eine Demütigung. Und auch diese kann und darf nicht durch Unterdrückungs-Parolen à la »Hab dich nicht so!« oder »Tut doch nicht weh!« vom Tisch gefegt werden.

Man stelle sich vor, die Regierung verordnet allen BürgerInnen, beim Verlassen des Hauses prophylaktisch eine Clownsnase zu tragen. So eine lustige kleine Clownsnase, die man sich ja auch mit ökologischer, antiallergischer Farbe anmalen kann, dürfte wohl kaum jemandem körperliche Schmerzen bereiten. Aber wie ist es mit der Würdelosigkeit, die wohl einige dabei empfinden dürften, eine Regel ohne medizinische Sinnhaftigkeit noch politische Legitimation befolgen zu üssen? Und die von anderen Clownsnasen-Trägern drangsaliert und diskriminiert werden, wenn sie der – und in ihrem Empfinden würdelosen – Regel nicht Folge leisten?

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« So steht es geschrieben.

Es hat sich hierzulande – ein weiteres Mal in unserer Geschichte – rasend schnell eine grausame Ausgrenzungs- und Denunzianten-Kultur eingeschlichen, die besonders jene schmerzhaft zu spüren bekommen, die keine Mundnasenbedeckung tragen (können). Wer sich des Ausmaßes der despotischen gesellschaftlichen Entwicklung noch immer nicht bewusst ist, dem empfehle ich, einfach mal einige MitbürgerInnen in ihrem Alltag zu begleiten, die von der Maskenpflicht befreit sind. Ich habe es getan und kann folgende Erfahrungen berichten.

GLEICHSCHALTUNG UND DENUNZIATION

Menschen, die ohne Vermummung einen Laden betreten, werden innerhalb von 2 Minuten durch die Mitarbeiter (teils mithilfe von »Security«) des Ladens verwiesen und erhalten Hausverbot, wenn sie kein Attest vorlegen. Nur die Polizei hat das Recht, ein ärztliches Attest einzusehen (siehe dazu Interview mit Dr. Paul Brandenburg in der DW-Ausgabe N° 23). Das nenne ich mal Diskriminierung *at its best*, die *by the way* noch immer rechtswidrig ist.

Dagegen hilft auch kein Hausrecht, auf das sich die selbst ernannten Gesundheitspolizisten so gerne berufen. In den öffentlichen Verkehrsmitteln werden die Unmaskierten von ihren ach so solidarischen Mitmenschen als »Mörder« beschimpft.

Kurze Erinnerung: Mal ganz abgesehen davon, dass die Maskenpflicht aus medizinischer Sicht unsinnig ist, wurde sie offiziell dazu eingeführt, um jene zu schützen, die aus gesundheitlichen Gründen keine tragen können. Staatsvirologe Drosten nannte das Maskentragen in seiner *NDR*-Sendestunde sogar lapidar »eine reine Höflichkeitsgeste«. Nur haben die von ihrer eigenen Solidarität so überzeugten MaskenträgerInnen offenbar völlig vergessen, wozu sie sich da eigentlich vermummen. Denn nun werden eben jene, die es offiziell dadurch zu schützen gilt und denen laut Drosten zumindest diese selbst auferlegte »Höflichkeitsgeste« gebührt, von ihnen als Kriminelle beschimpft.

Auch die Polizei bietet den Betroffenen kaum Schutz. Die Berliner Polizei stellt sogar mittlerweile DemonstrantInnen, die von der Maskenpflicht befreit sind, unter den Generalverdacht der Urkundenfälschung. Allein bei einer Versammlung am 11. Oktober vor dem Brandenburger Tor in Berlin wurden etliche TeilnehmerInnen, die eine ärztliche Befreiung von der Maskenpflicht vorzeigten, von der Polizei abgeführt, um die Atteste zu überprüfen. Darunter ein Schwerbehinderter im Rollstuhl und eine Epileptikerin.

In einer Stellungnahme der Pressestelle der Berliner Polizei heißt es zu dem Vorgehen, es gehe um den »Verdacht des Gebrauches unrichtiger Gesundheitszeugnisse gegen Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmer«. Als mögliche Merkmale einer Fälschung nennt die Polizei »z.B. Aussehen und Erscheinung der Unterschrift und/oder der Stempel der Praxis oder der Firma«.

Laut dem Mediziner Dr. Paul Brandenburg gibt es allerdings keine amtlichen Vorgaben, wie ein ärztliches Gesundheitszeugnis formal auszusehen hat. So muss ein Attest gar keinen Stempel enthalten (siehe DW-Ausgabe N° 23). Auch die Berliner Polizei räumt in ihrem Schreiben immerhin selbst ein: »Es bleibt jedoch festzuhalten, dass es sich bei einem ärztlichen Attest um kein behördliches Personenstandsdokument (Personalausweis) handelt, für die es bekannte Prüfkriterien gibt.« Soso.

Es wäre nicht zuletzt die Aufgabe von Journalisten, diesen Fragen nachzugehen, um der verheerenden gesellschaftlichen Entwicklung, in der willkürliche Diskrimierung durch Mitmenschen und durch die Staatsgewalt an der Tagesordnung ist, Einhalt zu gebieten. Doch leider wird dieses Vorgehen von den Medien nicht hinterfragt, sondern sogar noch lebhaft unterstützt und befeuert. Als am 24. Oktober in Berlin die Maskenpflicht in bestimmten Einkaufstraßen eingeführt wird, begleitet der *RBB* die Polizei bei einem Kontrollgang über den Kurfürstendamm, der von der neuen Verordnung betroffen ist.

WEH!

!«



Ein Passant ohne Maske gerät in die Polizeikontrolle, die neuerdings Fußgänger ins Visier nimmt, die nicht ordentlich vermummt sind, und erklärt, er sei durch ein ärztliches Attest von der Maskenpflicht befreit, habe dieses jedoch nicht dabei. Er wird von der Polizei vor die Wahl gestellt, eine Maske aufzusetzen oder den Ku'damm zu verlassen und entscheidet sich für Letzteres. Anschließend wird er im Sprechertext durch den *RBB* als »harter Maskenverweigerer« bezeichnet. So suggeriert man hier den ZuschauerInnen, dass pauschal alle, die keine Mundnasenbedeckung tragen (dürfen), diese lediglich »verweigern«.

In Strafprozessen gilt der Grundsatz *in dubio pro reo*, also: »Im Zweifel für den Angeklagten.« In der vom *RBB* begleiteten Hexenjagd auf dem Ku'damm ist er offenbar hinfällig. Unter Ziffer 13 des Pressekodex: »Der Grundsatz der Unschuldsvermutung gilt auch für die Presse.« Und ferner: »Ziel der Berichterstattung darf in einem Rechtsstaat nicht eine soziale Zusatzbestrafung Verurteilter mit Hilfe eines ›Medien-Prangers‹ sein. Zwischen Verdacht und erwiesener Schuld ist in der Sprache der Berichterstattung deutlich zu unterscheiden.«

FANATISCHE PROPAGANDA

Nur leider scheinen die meisten Medien ihre eigenen ethischen Leitlinien derzeit zu missachten. Denn wenn das kein »Medien-Pranger« ist, was ist es dann? Kurz darauf wird im selben Beitrag eine Seniorin, die schon etwas wacklig auf den Beinen ist, von der Polizei dazu angehalten, eine Mundnasenbedeckung zu tragen. Die Dame klagt im Interview, dass sie fast 100 Jahre alt sei und auch ohne Maske schon schwer atmen könne. Sie ist fassungslos, was da von ihr verlangt wird. Aber auch sie wird gnadenlos aufgefordert, sich der Maßnahme zu beugen. Die Kamera zeigt, wie sich die fast Hundertjährige eine Mundnasenbedeckung aufsetzt. Man möchte angesichts der Grausamkeit, die dort dokumentiert wird, am liebsten in den Fernseher hineingreifen und ihr den Stoff vom Gesicht helfen. Doch anstatt auch nur mit einem Wort zumindest auf das – gelinde gesagt – moralische Dilemma einzugehen, das hier zum Himmel schreit, indem nun schon eine Seniorin, die ja ganz offenkundig der sogenannten vulnerablen Gruppe angehört, die es offiziell zu »schützen« gilt, nun jedoch per Verordnung zur Atemnot gezwungen wird, gehen die *RBB*-PropagandistInnen fröhlich darüber hinweg und wenden sich lieber wieder anderen Passanten zu, die laut Sprechertext »nicht so ein Problem mit der Maskenpflicht haben«. Aha. Die betagte Dame hat also einfach nur »ein Problem«. Schon interessant, wie hier im Namen der, bitte wie?, »Solidarität« berichtet wird.

In einem anderen *Abendschau*-Beitrag wird mal wieder unter der Flagge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf der Denunzianten-Welle gesegelt. Der Reporter hat sich offenbar auf das als »investigativ« getarnte Denunzianten-Genre spezialisiert. Nachdem er im Juni bereits anhand seiner versteckten Kamera die illegalen Partys in der Berliner Hasenheide verpfiffen hat, besucht er nun mit versteckter Kamera eine Berliner Gaststätte. Seine geheime Mission: Er will prüfen, ob sich der Betreiber pünktlich ab 23 Uhr an das Alkohol-Ausschankverbot hält. Auch hierfür schiebt der eifrige Reporter (wie bereits im Sommer bei seinem Undercover-Einsatz im Park) sogar extra eine Nachtschicht ein.

Kurz vor 23 Uhr betritt er den Laden und lässt uns daran teilhaben, wie hier zwar die Infektionsschutzregeln (Desinfektionsmittel, Namensliste) eingehalten, dabei aber vom Personal durchaus ironisch kommentiert werden. Der Reporter stellt indigniert in seinem Begleitkommentar fest, dass die Pandemie hier offenbar nicht ernst genommen werde. Dann täuscht er einem Kunden an der Bar Kumpelhaftigkeit vor, um bei versteckt mitlaufender Kamera herauszufinden, wie dieser gedenkt, das in wenigen Minuten geltende Alkohol-Ausschankverbot zu umgehen.

Er erfährt und dokumentiert, dass sich der Kunde schon ein Glas auf Vorrat bestellt hat, um nach 23 Uhr nicht auf dem Trockenen zu sitzen. Der Reporter lacht (offenbar freut er sich, dass er jetzt schonmal heiße Ware im Kasten hat) und geht zur nächsten Spionage-Aktion über: Er bestellt sich ein Bier. Es ist wenige Sekunden vor 23 Uhr. Die Zeit rennt. Das Bier steht gerade noch rechtzeitig vor ihm, um den Barbetreiber nicht an den »Medien-Pranger« stellen zu können. Und der Reporter muss feststellen: Danach ist Zapfenstreich. Seine Denunzianten-Mission läuft ins Leere. Willkommen im Spitzel-und-Denunzianten-Fernsehen des *RBB*!

Wem das an Propaganda noch nicht reicht, sollte sich den Beitrag »Selfie-Justiz« in den *Tagesthemen* der *ARD* zu Gemüte führen. Hier wird die hohe Kunst der tendenziösen Berichterstattung sogar noch mit der »Meinung« des hausinternen Rechtsexperten untermauert. Aber der Reihe nach.

In der Anmoderation rügt die Moderatorin immerhin, dass Menschen, die keine Maske tragen können, in ihrem Alltag Diskrimierungen erleiden und sogar im Internet an den öffentlichen Pranger gestellt werden. Kommt jetzt seriöser Journalismus? Doch zu früh gefreut. Wie sich herausstellt, ist dieser gesellschaftliche Missstand nach Auffassung der *ARD*-KollegInnen mit der Anmoderation bereits abgehakt. Stattdessen folgt nun ein Beitrag, in dem ausschließlich und ausführlich kritisiert wird, dass Handyvideos im Internet landen, die VerkäuferInnen dabei zeigen, wie sie rigoros KundInnen ohne Mundnasenbedeckung des Ladens diskriminieren.

TOTALITÄRER ANGRIFF AUF DEMOKRATIE, WIRTSCHAFTS- UND PRIVATLEBEN

Doch die Täter werden jetzt plötzlich zu Opfern erklärt. Im Fokus des Beitrags steht nämlich nicht die Diskriminierung, sondern nur die Verletzung der Persönlichkeitsrechte durch die Filmenden, da die Personen in den Handyvideos nicht verfremdet wurden. Anschließend erklärt uns der *ARD*-Rechtsexperte in seiner »Meinung«, dass auch FernsehjournalistInnen sich nur in Ausnahmefällen über die Persönlichkeitsrechte hinwegsetzen dürfen, etwa wenn sie Missstände bei der Tierhaltung aufdecken. Was er geflissentlich auslässt: Dass auch Handyvideos nicht automatisch gegen die Persönlichkeitsrechte verstoßen, sondern nur dann, wenn sie die gezeigten Personen nicht unkenntlich machen. Und auch, dass die systematische Drangsalierung von Menschen (und nicht nur die von Tieren) durchaus ein Missstand von öffentlichem Interesse ist.

Dass die Regierung dabei ist, unsere Grundrechte auf den Müll zu kippen, scheint für die ARD nach wie vor kein Thema zu sein. Am 6. November beraten der Bundestag und der Bundesrat über einen neuen Gesetzentwurf der Regierung, der die noch einmal zusätzlich verschärften Grundrechtseinschränkungen gesetzlich verankern soll, damit sie vor einem unteren Gericht Bestand haben könnten. Der neue Paragraph 28a enthält eine lange Liste an rechtswidrigen und unverhältnismäßigen Maßnahmen, gegen die bisher noch erfolgreich geklagt wurde und die nun oberflächlich legitimiert werden sollen. Allein in Berlin waren bis zum Vortag rund 80 Eilanträge gegen die Maßnahmen vor Gericht eingegangen.

Der Entwurf sieht vor, etliche Grundrechte im Zuge der »epidemischen Lage von nationaler Tragweite«, deren Dauer von der Bundesregierung bestimmt wird und jederzeit erneut von ihr ausgerufen werden kann, außer Kraft zu setzen. Laut Artikel 7 des neuen Gesetzentwurfs »werden die Grundrechte der Freiheit der Person, der Versammlungsfreiheit, der Freizügigkeit und der Unverletzlichkeit der Wohnung eingeschränkt«.

VERÄNGSTIGUNG DER BEVÖLKERUNG

Das kann dort jeder nachlesen, der lesen kann. Und wie berichtet die *Tagesschau*, also das Flaggschiff der *ARD*, über diesen Angriff auf unsere Demokratie? Zunächst einmal: Gar nicht. Statt dessen wird erst sechs Minuten lang über den US-Wahlkampf berichtet. Dann folgen schlappe zweieinhalb Minuten, in denen sich die KollegInnen dem Gesetzentwurf widmen, wobei sie ihn euphemistisch als »Reform des Infektionsschutzgesetzes« bezeichnen. (»Reform« klingt wunderbar positiv. Da ahnt man kaum, dass hier Gefahr im Verzug ist.) Bevor näher auf diese »Reform« eingegangen wird, die das Gesetz dahingehend »reformiert«, dass uns gegen die Einschränkungen unserer Grundrechte jede juristische Handhabe entzogen werden soll, wird vorab noch die tagesaktuelle Grafik mit 21.506 vom RKI neu gemeldeten »Corona-Fällen« innerhalb der letzten 24 Stunden eingeblendet – wie immer ohne zu erwähnen, dass es sich bei dieser vermeintlichen Horrorzahl lediglich um positiv Getestete handelt.

Offenbar sollen die ZuschauerInnen emotional auf die Notwendigkeit der »bitteren Medizin« eingestimmt werden, die uns der Bundesgesundheitsminister laut eigener Aussage im Bundestag verabreichen möchte. Und nachdem wir nun entsprechend auf den Ernst der Lage eingenordet wurden (der für die *Tagesschau* allerdings nicht in der Gefährdung unserer Grundrechte, sondern in einer undifferenzierten Fall-Grafik besteht), dient der Gesetzentwurf laut Sprechertext nur dazu, »die Infektionszahlen zu senken.«

Dass unser Parlament gerade dabei ist, die Abschaffung unserer Grundrechte gesetzlich zu verankern, wird nicht erklärt, geschweige denn hinterfragt. Auch die Tatsache, dass der Gesetzentwurf bereits eine ausgiebige Impfpflicht durch die Hintertür beinhaltet, vor denen aufmerksame DemokratInnen schon lange gewarnt haben, worüber sich die JournalistInnen wiederum anmaßten zu lachen, wird mit keinem Wort erwähnt. Der Gesetzentwurf ist ein Schlag ins Gesicht. Und diese mangelhafte Berichterstattung tut mir richtig weh.

Casey Koneth (Pseudonym) dreht seit 20 Jahren Fernsehbeiträge für öffentlich-rechtliche und kommerzielle Rundfunkanstalten und hofft, dass die schmerzhafte gesellschaftliche Entwicklung unter der Corona-Diktatur endlich aufhört und die Wunden, die sie in unserer Demokratie hinterlässt, wieder heilen können.



ICH BIN RECHTS

von Ellen Kositza

Ich bin rechts. So will es das Etikett. Ich habe es mir nicht ausgesucht, aber nach vehementer Zuweisung von außen beizeiten angenommen.

Vom Naturell her würde ich mich am ehesten als »non-konformistisch« bezeichnen. Aber was heißt das schon in einer Zeit, wo alle irgendwie als »ganz individuell« wahrgenommen werden wollen? Caroline Sommerfeld und Martin Lichtmesz, die in unserem Verlag (Antaios) das hellsichtige Buch »Mit Linken Leben« publiziert haben, haben den Sachverhalt allgemeingültig dargelegt: »Da es uns auf die alltägliche, zwischenmenschliche, soziale Ebene ankommt, werden wir feststellen, daß es ›Linke‹ und ›Rechte‹, die nur links oder nur rechts sind, im strengen Sinne kaum gibt, nicht mal unter den dezidiert politisch Engagierten. Wir alle sind auf die eine oder andere Weise *Mixed Economy*.« In der Tat!

Sag mir, wer Deine Helden sind und wem Deine Verehrung gilt, und ich sag Dir, wer Du bist! Mit dem stockkonservativen Hitler-Attentäter Claus Graf Schenk von Stauffenberg als Idol stünde ich wohl auf der Kippe, mit Hans und Sophie Scholl (weil kaum jemand weiß, wie patriotisch die beiden Antifaschisten waren!) hätte ich sie vermutlich gemeistert. Zu meinen literarischen Helden zähle ich neben Benn, Jünger und einigen anderen ausweislich »Rechten« die eher links verorteten Franz Fühmann, Stefan Zweig, Sylvia Plath, Franz Werfel (der einst, wer weiß es, als strammer Rotgardist ging!) und Brigitte Reimann. Die echte Kunst, wie schön, unterscheidet nicht zwischen den beiden Gesäßhälften l/r.

Es birgt einen gigantischen Vorteil, auch jenseits der literaturgeschichtlichen Vorlieben, wenn man einmal als »rechts« gelabelt wurde! Denn: Linke müssen verdammt gut aufpassen, wen sie lesen, rezipieren, goutieren, zu einem Gespräch einladen. Es droht stets Ärger, wenn es sich um eine/n Abweichende/n oder verfemte/n Autor/in handelt.

Als einmal etikettierte Rechte bin ich frei: zu hören, zu zitieren, zu Bedenken zu geben, wen und was ich will. Es kann mir nichts mehr anhaben. Als Rechte bin ich vogelfrei mit allen positiven wie negativen Konsequenzen. »Rechtsoffen« zu sein heißt selbst für mich als gewissermaßen »anerkannte« (oder abgestempelte) Rechte nicht, den Maßstab schleifen zu lassen. Ja, die Grenzen (zum Inhumanen rechts wie links) sind fließend und verschwommen. Wer bei Trost ist, kann sie dennoch ganz gut erkennen. Die klugen Köpfe von l/r wissen das genau.

Ellen Kositza lebt als Lektorin und Redakteurin der konservativen Zeitschrift Sezession in Sachsen-Anhalt. Sie steht der Partei AfD nahe.

QUERFRONT ODER BURGFRIEDEN

WER HILFT MIT? TEIl 1: QUERFRONT. ***Historische Zuschreibungen greifen nicht. Weder sind »Rechte« dabei, Pogrome auszulösen, noch ist die Regierung »links«. Wir müssen – und werden! – »mehr Demokratie wagen«.*** *Von Ullrich Mies*

Wer oder was ist die »Querfront«, jenes Schreckensbündnis, das die Herrschenden und ihr korrupt-serviler Anhang so vehement bekämpfen?

Handelt es sich bei der Querfront, wie die Propaganda behauptet, um den Schulterschluss von Links- und Rechtsextremisten, also versprengter linker, kapitalismuskritischer Spinner und rechter, das heißt der Nation verpflichteter frustrierter Wutbürger, die »unsere Demokratie« gefährden? Da stellt sich sofort die Frage: Wer sind denn eigentlich die wahren Gefährder eines gedeihlichen Zusammenlebens und des internationalen Friedens?

Querfront! Genau in diese Schmuddelecke versuchen die faschistischen »Eliten« und ihre zahllosen Funktionskräfte in den Staatsapparaten und der Bewusstseinsindustrie die für sie zunehmend gefährlicher werdende Demokratiebewegung zu stellen. Das Lebenselixier dieser »Eliten« ist die Denunziation. Die »Erzählung« der Herrschaftscliquen richtet sich gegen jeden und jede, der/die sich ihrer totalitären Herrschaft in den Weg stellt. Die Antwort auf die oben gestellte Frage nach den eigentlichen Gefährdern eines gedeihlichen Zusammenlebens und des internationalen Friedens ist nicht schwer: Es sind die transatlantischen Globalisten!

RASSISTEN, HASSPREDIGER, CHAUVINISTEN

Die transatlantischen Globalisten (transnationale »Elite«-Faschisten) sind ein gigantisches Sammelbecken. Dort versammeln sich Neokonservative, Transhumanisten, Dunkelmänner und Dunkelfrauen, Satanisten, Technikgläubige, korrupte und kriminelle Elemente, Menschenhasser sowie trans-sozialistische und kommunistische Ideologen, zu denen ich in Deutschland die »Antideutschen« zähle. Letztere speisen sich gleichwohl aus unterschiedlichen ideologischen Richtungen.

Klassische Beispiele für trans-sozialistische und kommunistische Ideologen sind in Deutschland Gerhard Schröder, Olaf Scholz, Ulla Schmidt, Jürgen Trittin, Ralf Fücks, Marie-Luise Beck, Reinhard Bütikofer, Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit und viele mehr — ein Haufen von Wendehälsen, die in ihren Jugendjahren den Kapitalismus, als er noch nicht so gefährlich war wie heute, nach Kräften bekämpften. Nach ihrer 180-Grad-Wende verhalfen und verhelfen sie als nützliche Fünfte Kolonne und als Trittbrettfahrer dem westlichen, in Sonderheit dem US-Hyper-Staats-Monopol-Kapital-Faschismus zum finalen Sieg. SPD und Grüne wähnen sich nun endlich im Schulterschluss mit den ultra-radikalen neokonservativen CDU-Faschos am Ziel ihrer dystopischen Herrschaftsträume.

Ist die Politik denn tatsächlich das Sammelbecken korrupter, opportunistischer, bösartiger und verkrachter Existenzen? Ist sie dahin mutiert oder war sie es immer schon? Sehen die Parlamentarier in der Bevölkerung ausschließlich die Garanten ihrer Pensionsansprüche?

Als absoluter Totalausfall – zudem in der Corona-Krise – erweist sich die deutsche Linke, was auch immer das noch sein soll. Fakt ist: Die Linke durfte in Europa nie zu einer tragenden Kraft werden, sie wurde nicht erst seit der Wende von 1989 von Geheimdiensten systematisch unterwandert und von innen nach Kräften zersetzt. Heute geben dort Antideutsche und SED-Altkader den Ton an. Wozu das Kombi-Pack aus SPD/Grüne/Linkspartei fähig ist, zeigt der Berliner Senat.

Die transatlantischen Globalisten setzen alle Machtmittel ein, die ihnen in ihrem Krieg gegen das auf Freiheit in Verantwortung »gelingende Leben« zur Verfügung stehen. Zum Arsenal psychologischer hybrider Kriegführung gehört das Sperrfeuer sämtlicher Denunzianten-, Psychiatrisierungs-, Antisemitismus-, Verschwörungs-, Rassisten-Artillerien gegen die Demokratiebewegung.

SEUCHE GEGEN SEUCHE

Im Mittelalter schleuderten die Belagerer bedrängter Städte verrottende Tierkadaver mit großen Katapulten über die Stadtmauern, um unter den Menschen Angst und Schrecken sowie Seuchen zu verbreiten. Die heutige Seuche, die die kriegführenden Regierungen in die Köpfe der bedrängten Menschen schleudern, heißt Covid-19 — eine von den Gesamtauswirkungen her betrachtet — saisonale Grippe.

Im Inneren unseres Landes sind die Herrschenden längst zur finalen Schlacht gegen alles Demokratische, auf Fairness, Mitmenschlichkeit, Anstand, Solidarität, Brüder- und Schwesterlichkeit sowie ökonomischen Ausgleich Bedachte angetreten. Sie herrschen im Ausnahmezustand. Mit dessen Verkündigung ist in Deutschland automatisch der Art. 20 (4) des Grundgesetzes in Kraft getreten:

»Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist« (siehe Seite 16).

Der Ausnahmezustand war immer der Vorbote tyrannischer Schreckensregime. Giorgio Agamben sagte hierzu in DW-Ausgabe N°23:

»Die Große Transformation, die gerade vollzogen wird, bedeutet schlicht und einfach das Ende der bürgerlichen Demokratien, mit ihren Grundrechten und Verfassungen. Diese werden durch Paradigmen ersetzt, die wir nur erraten oder erahnen können. Fest steht, dass das Rechtsinstrument dieser Großen Transformation nicht eine neue Rechtsordnung ist, sondern der Ausnahmezustand: die schlichte Auflösung der konstitutionellen Freiheiten.«

Alles Nazis außer Mutti?

Hoppala! In der Bundesrepublik sind ein paar Kleinigkeiten durcheinandergeraten. *Von Batseba N'Diaye und Johnny Rottweil (DW)*

Liebe Kinder. Der Begriff der **»Querfront«** bezeichnet einen kurzen Moment in der Spätphase der Weimarer Republik, als zwei zutiefst verfeindete Parteien, die linke Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit der rechten und faschistischen Hitler-Partei (NSDAP) beim Streik der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) auftrat. Die BVG plante Lohnsenkungen. Das Zusammentreffen fand am 6. November 1932 statt, ist also, huah!, **88** Jahre her. – **»Burgfrieden«** bezeichnet die nationale Gleichschaltung insbesondere der SPD zur Weltkriegsführung im Jahr 1914.

Sprung ins Hier und Jetzt: Die bürgerlichen Kinder (insbesondere der Nazis) haben seit der Hippie-Zeit nach 1968 viel mit ihren **Fetisch-Themen** zutun: Hinter jeder Hecke könnte ein Faschist lauern, hinter jeder angemalten Betonmauer eine Kommunistin. Ansonsten geht es viel, sehr viel, um die eigene Sexu*ali_tät, das werte Wohlbefinden und den eigenen Status. Man möchte günstiges Hauspersonal für die geerbte Altbauwohnung und beansprucht doch moralische Reinheit.

Todeslüsterne Nazis oder wild entschlossene Kader-Stalinisten gibt es 2020 kaum mehr. Eine Bedrohung für Demokratie, Wissenschaft, Rechtsstaat und Pressefreiheit geht im Deutschland der Gegenwart, leider, von der ultra-extremistischen und gewaltbereiten Regierung Angela Merkels aus. Die ward vor Corona noch genannt **»Mutti«**. Hinter ihr stehen undemokratische Konzerne und *New-Age*-Sektierer. Rationale Demokratinnen und Demokraten wenden sich aus Notwendigkeit gegen den neuen Totalitarismus – und lassen ansonsten, gleichsam, **die Kirche im Dorf.**

Die transatlantischen Globalisten führen einen Bewusstseins- und Medienkrieg gegen alles Demokratische. Ihre irren Drohungen, Nötigungen, ihre strukturelle Gewalt der Angstproduktion, der Maskenfolter und des PCR-Test-Terrors weiten sie täglich mit steter Intensität aus. Ihr totalitärer Terror wird von Tag zu Tag radikaler, kranker, ihre Unterdrückungs- und Willkürmaßnahmen werden immer widerwärtiger.

Diesen Bürgerkrieg führen die Zentren der Macht nicht mit Waffengewalt gegen die Völker. Noch nicht! Das könnte noch kommen und – so wie die Dinge liegen –, ist die Transnationale der »Eliten«-Faschisten auch zu diesem Szenario bereit. Sie bereiten sich zudem darauf vor, da sich Menschen nicht auf Dauer erniedrigen lassen. Sie werden das Feld nicht kampflos räumen, mit Blutbädern kennen sie sich aus.

Die Europäische Union (EU) als Projekt der Konzernherrschaft hat unter maßgeblicher Beteiligung der Merkel-Faschisten die Todesstrafe im Lissabon-Vertrag verankert. EUROGENDFOR, mit Hauptsitz in Vicenza, Italien, und einer derzeitigen Truppenstärke von 3.000 Mann, ist die paramilitärische Bürgerkriegsformation, die keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegt. Sie kann von der EU, den Vereinten Nationen, der NATO und der OSZE unter anderem zur Bekämpfung sozialer Unruhen angefordert werden. Die supranationalen Organisationen UN, EU, FED, EZB, Weltbank, IWF, WTO, OECD, WHO sowie die NATO als militärischer Arm des Radikal-Kapitalismus befinden sich sämtlich unter Kontrolle neokonservativer Kapitalstrategen und der transatlantischen Globalisten. Die Geheimdienste erledigen die schmutzige Under-Cover-Arbeit.

Zunächst gilt es festzuhalten, dass die transatlantischen Globalisten seit mindestens 30 Jahren den Nationalstaat, die kulturellen Traditionen der Völker, das nationale Erziehungs- und Bildungswesen und alle auf nationalstaatlicher Ebene gewonnenen demokratischen Errungenschaften unter Druck setzen, zersetzen und zerstören. Ihre Agenda ist unerschöpflich, generell aber auf die langfristige Zerstörung der Welt und des eigenen Landes gerichtet.

Diese Agenda beruht auf der hirnverbrannten Idee »schöpferischer Zerstörung«, nach der nichts von Bestand sein darf und Wirtschaft, Kultur, Erziehung, Gesellschaft, internationale Beziehungen und so weiter einem permanenten, aktiven Transformationsprozess unter der Führerschaft des Westens unterworfen werden müssen.

EU ALS PROJEKT DER KONZERNHERRSCHAFT

Die Figuren, die dieser dystopischen Ideologie in Deutschland anhängen, sind in der Spitze des deutschen Staates zu verorten: Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Schäuble und Angela Merkel. Als Unterabteilung der transatlantischen Globalisten und Ideologen der »schöpferischen Zerstörung« will das deutsche Polit-Führungspersonal, der deutschen Wirtschaft – in Sonderheit dem Klein- und Mittelstand – sowie dem Land und seiner Bevölkerung insgesamt maximalen Schaden zufügen, den deutschen Nationalstaat final schleifen und diesen in die Hände einer totalitären »Global Governance« legen. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Sozialisation gehört dieses Triumvirat zum Umfeld der Antideutschen. Als ihren ideologischen Wurmfortsatz haben sie Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin in der EU installiert. Sie hassen unser Land und seine Bevölkerung, anders ist ihre Handlungsweise nicht zu verstehen.



Das Gemälde »Justitia bezwingt die sieben Todsünden« des belgischen Malers Antoon Claeissens (circa 1536 bis 1613 in Brügge), hier collagiert von Jill Sandjaja (DW) mit bekannten Verfassungsfeinden und Extremisten der Gegenwart; von links nach rechts: von der Leyen, Spahn, Drosten, Merkel, Wieler.

Dem deutschen Putschisten-Regime muss insgesamt die Frage gestellt werden: Was hat es seit 1989 eigentlich zum Wohl des Landes und seiner Bevölkerung beigetragen? Eine solche Positivliste gibt es nicht. Die Orgie der Zerstörung und der angerichteten Schäden hingegen ist nicht mehr überschaubar. Dieses Regime ist der Feind des eigenen Landes, ist der Feind der eigenen Bevölkerung.

Die Demokratiebewegung muss — soweit möglich — herausfinden, wie die Befehlsstränge verlaufen, denen das Politpersonal Deutschlands und des Westens folgt.

Nach der Agenda der transatlantischen Globalisten ist es auch nur folgerichtig, dass alle, die sich ihrer dystopischen Neuen Weltordnung nicht fügen oder als »Traditionalisten« in den Weg stellen, als Feinde kaltgestellt werden müssen. Darum richtet sich ihr Krieg nicht mehr nur nach außen, sie führen ihn mithilfe des Corona-Terrors nach innen. Sie sind genau jene, die die westliche Welt seit der Wende 1989 systematisch vor die Wand gefahren haben und eine gigantische Blutspur der Vernichtung mit Millionen Toten, *Failed States*, Elend, Zerstörung und Flüchtlingsströmen zu verantworten haben. Dabei haben sie den inneren Frieden zerstört und die internationalen Beziehungen und das Vertrauen zu Russland und China systematisch untergraben. Die Grundlage hierfür ist die amerikanische Weltbeherrschungsobsession, die kein Geheimnis ist, sondern in allen offiziellen Papieren nachgelesen werden kann.

»BURGFRIEDEN« GEGEN »QUERFRONT« ODER UMGEKEHRT?

Der Westen wird von Kadern organisierter politischer Krimineller regiert, die ihr Zerstörungswerk solange fortsetzen werden, bis die Demokratie vollständig abgeschafft ist, die bestehende Wirtschaft ruiniert und die Völker mithilfe verschiedenster Herrschaftstechniken versklavt sind. Genau dahin wollen sie, das ist ihre dystopische Agenda. Wer immer noch nicht glauben kann oder will, was sie anstreben, sollte sich die Planungen der kanadischen Regierung anschauen: Sie plant die Errichtung von Konzentrationslagern und mehr.

Die deutschen wie die europäischen Demokratiebewegungen müssen den Kampf gegen die transatlantischen Globalisten und transnationalen »Elite«-Faschisten auf nationaler Ebene bei maximaler internationaler Vernetzung mit aller Entschlossenheit auch gezielt gegen diejenigen führen, die das Grundgesetz außer Kraft gesetzt haben. Wir müssen uns der Covid-Zerstörungsorgie und dem faschistischen Merkel-Regime entgegenstemmen und seiner Schreckensherrschaft ein Ende setzen, bevor es definitiv zu spät ist. Hierzu müssen wir ein Bündnis aller Demokraten von links bis konservativ und patriotisch schmieden. Rassisten, Hassprediger oder Chauvinisten stehen außerhalb dieses Bündnisses.

Ullrich Mies studierte Politologie in Duisburg und Kingston (Jamaica), arbeitete ein Jahrzehnt lang im Arbeitsamt und ist heute lieber freier Buchautor und Redaktionsmitglied dieser Wochenzeitung.

»WER HILFT MIT? TEIl 2: BURGFRIEDEN«, erscheint im kommenden Widerstand N° 27 zum 21. November 2020.

ICH BIN LINKS

von Anselm Lenz

Ich bin links. So will es nicht der liebe Gott, gegen den ich nichts habe, sondern meine Herkunft aus der Klasse der Lohnabhängigen.

Links zu sein gab mir als Gymnasiast ein geistiges Zuhause jenseits der oft nicht übermäßig hellen *Rich Kids*. Ich wurde es als Leser, als zeitweise geradezu Flüchtender, als einer, der sich nicht an den Karrierechancen ergötzt und nicht einmal der eigenen intellektuellen Überlegenheit – sondern der Freundschaft wegen, auch genannt Solidarität, also der Gerechtigkeit der Aufmüpfigen unter den (vorläufig) Unterlegenen. Selten zu finden unter jenen besonders, die es heute im Parteiprogramm aufführen.

1994 gewann der kleine Sport-Club Freiburg 5:1 gegen den übermächtigen FC Bayern. Im gleichen Jahr hatte ich »Das Kapital« zum ersten Mal durch, Zeile für Zeile. Zugleich aber auch humoristische englische Literatur, yo, Heines Deutschlandreisen und sogar den Konfirmandenunterricht stand ich irgendwie durch. Das alles ist durchaus möglich. Echte Linke sind nicht vom anderen Stern, führen nichts Fieses im Schilde und sind nicht gegen Demokratie und Freiheit. Im Gegenteil: Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit sind originär linke Projekte der Moderne – und damit auch die Nation.

Die Nation ist der einzige (!) Träger der Demokratie. Keine andere Entität hat jemals vermocht, den »Ausgleich durch das Recht« (Schiller) herzustellen. Die aufgeklärte Nation als solche ist die größte Errungenschaft der Liberalen; Liberale indes sind historische Linke nur ohne autoritäre Staatsräson. Insofern bin ich zuerst Liberaler und dann Linker. Hinter die Errungenschaft der Freiheit, *hier:* des Grundgesetzes (Seite 16), geht es nicht zurück, schon gar nicht für die konzerngeführte EU, das obsolet gewordene Kriegsbündnis NATO und die Demokratieleugner des Corona-Regimes. Ein schlechter Tausch wäre das! Da nehme ich lieber einen neuen Gesellschaftsvertrag, ja, für *unser aller* Deutschland. Gilt in allen Bereichen außer der Kunst: »Mehr Demokratie wagen!« (Brandt).

Als Journalist ist meine erste Aufgabe nicht, links zu sein, sondern aufzuschreiben, was ist. Denn wie meine Anhängerschaft des SC Freiburg ist es bei der Beschreibung des Spiels gleichgültig, für wen ich persönlich jubele. Zunächst einmal geht es darum, ob der Ball im Tor war oder nicht: Die Ereignisse ins Verhältnis zu setzen, im Gleichnis genau »fünf zu eins«! Denn eines ist doch sicher: Siege mit unlauteren Mitteln erzeugen historische Unverzeihlichkeiten, die immer – immer! – zurückschlagen. Daher: Differenzieren! Aufklärung! Und »ein wahres Wort« (Agamben)!

Anselm Lenz, gebürtiger Hamburger, parteilos, gab unter anderem die Anthologie »Das Kapitalismustribunal« heraus und wurde 2016 für den Nestroy-Preis nominiert.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 26. Ausgabe ab Samstag, 14. November 2020. | Redaktionsschluss war am 12. November, 10 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« an A. Lenz, Vorstand K.D.W. e.V., **IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.**

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp (stlv.) **Chefin vom Dienst:** Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Demokratiebewegung:** Samuel Gfrörer **Layout:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja **Redaktion:** Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Louise Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Ullrich Mies, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann**. V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. Verlag: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH (in Gründung), Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.